

# **b** unabhängige **auernstimme**

März 2007

Nummer 298 – K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



## **Gentechnikgesetz**

Mindestens 300 Meter Abstand bei Mais, höchstens 0,1 % Verunreinigung bei Saatgut und eine Zukunft „fast“ ohne Gentechnik. Das und mehr will die SPD im Bundestag durchsetzen. **Seite 5**

## **BioFach**

Kartoffeln aus China und Tomaten aus Indien. Der Bio-Markt wird global und erschließt sich neue Käufergruppen. Mit dem Wachstum kommen die Marketingberater und Risiko-Manager. **Seite 10**

## **Ausstiegstour**

Prof. Folkhard Isermeyer wirbt für den Quotenausstieg. Mit neuen Steuergeldern sollen Begleitmaßnahmen den Weg zum Weltmarkt ebnen. Ein Gutachten mit Haken und Widersprüchen. **Seite 12-13**

**Die Seite 3****Agrarindustrie wandert von Holland nach Ostdeutschland ... 3****Agrarpolitik****Beiträge für Viehbetriebe verdoppelt. .... 4**  
Beiträge zur Berufsgenossenschaft umgestellt**Gentechnik****SPD fordert 300 Meter Abstand ..... 5**  
Interview mit dem stellv. Fraktionsvorsitzenden Ulrich Kelber**Gentechnikfreie Landwirtschaft. Für alle. .... 11**  
Gentechnik ist und bleibt im Ökolandbau verboten**Ährensache – Ohne Gentechnik ..... 14****Studie: Agro-Gentechnik weltweit ..... 14****Milch****Auch Biomilchpreis muss rauf. .... 6**  
Vertreter der Biomilchbauern beschließen Resolution in Nürnberg**Märkte****Echo auf 40-Cent-Forderung ..... 7****Bauern setzen Nein zur Fusion durch. .... 7****Bewegung****Neuer Mut und viele Pläne ..... 8**  
Von der Mitgliederversammlung der AbL-Sachsen/Thüringen**Bio****BioFach – Die Branche professionalisiert sich ..... 10****Schwerpunkt****Quote passt nicht zur Export-Strategie ..... 12**  
Wachstumsbetriebe und Molkereien wären die Verlierer**Option Abschaffung ..... 13**  
Staatliche Begleitmaßnahmen sollen Wachstum fördern**Exportsubvention überschätzt ..... 13**  
Annahmen der Wissenschaft fraglich**Nachbau****IGN-Positionen an Seehofer ..... 15**  
Neuregelung der Nachbaugebühren steht endlich an**Debatte****„Nahrungsmittelerzeugung contra Energieproduktion“ ..... 16**  
Ein Beitrag von Prof. Heißenhuber**Weitere Themen**Aus Stall, Feld und Umfeld zu Besuch bei Katrin Schlick und Albrecht Everhard Burgmer, **Seite 9**; Landleben, **Seite 18-19**; Lesen, **Seite 20-21**; Anzeigen/Veranstaltungen/Kontakte, **Seite 22-23**

## Inhaltsverzeichnis

**Impressum**

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;  
**Redaktion:** Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Marcus Nürnberger; Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag/ Aboverwaltung:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520  
**Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de**  
**Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich)  
**Abonnementpreis:** 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich  
**Satz:** Gebr. Wilke GmbH, Hamm  
**Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Derzeit schießen sich die Landesbauernverbände und Landesministerien, die Molkereiwirtschaft und der Deutsche Bauernverband darauf ein, zum Ende der Milchquote zu blasen. Das Echo hallt so laut, dass jeder Ruf, vor einen Beschluss das Nachdenken zu setzen, untergeht. Über die Quote haben sich alle Milchbauern und -bäuerinnen schon so viel geärgert, dass ein Abschied nicht schwer fällt. Und teuer ist die Quote auch noch, trotz aller Verheißungen der Börse und anderer Veranstaltungen. Was soll das Ganze dann noch? Eingeführt wurde die Quotenregelung 1984 in erster Linie aus der Not, weil die damals rasant steigende Milcherzeugung der EU vor allem eines beschert hat: steigende Ausgaben für Lagerhaltung und Exportsubventionen. Die Quotenregelung galt als Mittel, um die Produktionsmenge in den Griff zu bekommen, ohne den Milchpreis in schnellen Schritten auf das Niveau des Weltmarktes zu streichen, was einen Crashkurs bedeutet hätte. Der blieb aus, und trotzdem sind seitdem über 70 Prozent der Milchbetriebe in Deutschland aus der Milcherzeugung ausgestiegen – in 23 Jahren.



## Kommentar

### Für Weltmarkt zu schade

Nun aber spüren Wissenschaft und die Spitzen der Bauernverbände, dass unter den deutschen Milchviehbetrieben genügend sind, die mit den Molkereien den Sprung auf den

Weltmarkt wagen wollen. Nicht nur die Funktionäre, auch so manche Milchviehbetriebe fühlen sich fast stark genug. Der nächste große Wachstumsschritt soll es bringen.

Was sie nun hindert, das soll genau das sein, was sie früher vorm Crash bewahrt hat: die Quote. Wenn die nicht mehr wäre, wären auch die Quotenkosten nicht mehr und das Wachsen würde billiger. Wenn die Quotenkosten von 3 bis 8 Cent je Liter im Durchschnitt eines Betriebes nicht aufgebracht werden müssen, steigt die Kreditwürdigkeit bei der Bank.

Was da politisch und rhetorisch vorbereitet wird, ist nichts anderes als Gasgeben beim Strukturwandel. Der wissenschaftliche Chefberater der bundesdeutschen Agrarpolitik, Prof. Dr. Isermeyer, macht da keine halben Sachen. Er empfiehlt vielmehr, nicht nur die Quotenkosten zu sparen, sondern den „Wachstumsbetrieben“ – wie er sie nennt – auch noch mit so manchen Steuergeldern unter die Arme zu greifen. Er ermuntert den Bauernverband dazu, im Zuge einer Milchmarktreform noch neue Direktzahlungen aus der ersten Säule zu fordern. Aus der zweiten Säule sollen vorrangig die Milchbauern unterstützt werden, und zwar auch hier vornehmlich die wachstumswilligen. Auf sie soll sich die Politik konzentrieren. Während er bei der Quotenregelung von „hoher Politikunsicherheit“ spricht, die die Betriebsleiter belastet, scheint es bei Subventionen kein Problem mit der Politik zu geben. Und das, obwohl gerade die Milchviehbetriebe bei der Neuplanung der Agrarumweltmaßnahmen und Ausgleichszulage verloren haben, in NRW umgerechnet bis über 2 Cent je Liter Milch.

Und dennoch, Prof. Isermeyer anzugehen bringt wenig. Bei aller Widersprüchlichkeit in seinen Annahmen und Schlussfolgerungen: In seinen Empfehlungen ist er nur konsequent. Er befürwortet die Liberalisierung des Milchmarktes (bei Zucker war das etwas anders) und hält es für möglich, dass Teile der europäischen Milchwirtschaft ab 2015 in einem liberalisierten Weltmarkt so gut bestehen können. Dass das nur gelingen kann, wenn die Molkereien ihren Rohstoff billiger bekommen als heute, ist klar, also müssen die Milcherzeuger an den nächsten Kostenschrauben drehen.

Gibt es eine Alternative? Selbstverständlich könnte die EU sich von einer Weltmarktstrategie abwenden. Das ließe sich auch gut begründen, sowohl aus Sicht der Mehrheit der Milchbauern als auch aus Sicht der Umwelt, der Entwicklungspolitik, des Tierschutzes und auch in Anbetracht der über 70.000 Arbeitsplätze auf den Milchviehbetrieben, die Isermeyer in den nächsten 10 Jahren dichtmachen sieht. Wenn das politischer und berufständischer Wille wäre, könnte aus der fehlgesteuerten heutigen Quotenregelung ein Element einer neuen Milchpolitik entwickelt werden, die sich auf den Verbrauchermarkt in Europa konzentriert mit einer Milcherzeugung, die den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht wird. Schon kleine und flexible Mengenanpassungen würden reichen, um für den Preis positive Signale zu setzen. Auf internationaler Ebene würde Europa damit ein neues Signal setzen. Die EU ist weltweit größter Milchproduzent und größter Milchexporteur – eine neues Signal hätte große Wirkung. Möglich wäre das, sinnvoll für viele. Es ist die Frage des politischen Willens, auch unter den Bauern. *Ulrich Jasper*

## Agrarindustrie wandert von Holland nach Ostdeutschland

Im Osten Deutschlands drängen sich Agrarindustrielle um Standorte für Mega-Tierfabriken mit Zigttausenden Sauen und Hunderttausenden von Schweinen. Überraschend viele dieser Investoren kommen aus Holland

### Die Hintergründe

Intensivierung und Industrialisierung der niederländischen Landwirtschaft galten seit den 60er-Jahren bei vielen deutschen Agrarpolitikern als Vorbild. Auch die Agrarfabriken südoldenburgischer Agrarindustrieller wie Pohlmann, Meerpohl oder Schockemöhle waren inspiriert durch die bodenunabhängige „Veredlungswirtschaft“ in den Niederlanden.

### Standorte in Hafennähe

Begünstigt wurde diese flächenunabhängige Haltung von Geflügel und Schweinen durch die Nähe zu den Importhäfen wie Rotterdam, über die aus Übersee immer größere Mengen Soja und Getreidesubstitute (d. h. Getreide-Ersatzfuttermittel) eingeführt wurden. Die Rückstände dieser importierten Nährstoffe sammelten sich auf den immer stärker überdüngten Flächen.

Über die Strukturen der niederländischen Schweine- und Geflügelwirtschaft Mitte der 90er Jahre berichtet Professor Windhorst (ISPA-Institut Vechta): Mehr als 1.000 Mastplätze gab es bereits damals in 19 Prozent der schweinehaltenden Betriebe, sie vereinigten 58 Prozent aller Tiere auf sich. Etwa die Hälfte der niederländischen Schweine stand in Betrieben mit einer Fläche von weniger als 10 Hektar, also ohne Flächenbindung auf Basis von Zukauf-Futtermitteln. Zwei Drittel der Tiere konzentrierten sich auf die Provinzen Noord-Brabant und Gelderland im Südosten, unweit der westdeutschen Verbraucherzentren.

Parallel dazu verdoppelten sich zwischen 1965 und 1992 die niederländischen Legehennenbestände, die Masthähnchenzahlen verdreifachten sich sogar. Die Legehennen konzentrierten sich in Großbeständen von Agrarindustriellen, die Masthähnchen in den Ställen abhängiger Vertragslandwirte. Die räumlichen Schwerpunkte dieser „tierischen Konzentration“ decken sich weitgehend mit denen der Schweinehaltung: Gelderland, Noord-Brabant, Limburg und Overijssel mit ihren leichten Böden und den damit verbundenen Nachteilen im Ackerbau.

Forciert und begleitet wurde diese Entwicklung nicht nur durch die holländische Regierung, sondern wesentlich auch durch die vorwiegend genossenschaftlich organisierten Agrobusiness-, Agrarhandels- und Verarbeitungsunternehmen.

### Gülle-Überschüsse

Die ökologischen Folgen: In der Provinz Noord-Brabant standen 1994 im Durchschnitt 2.313 Schweine auf 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, in Limburg 1.763 und in Gelderland 1.170. Und hinzu kamen jeweils noch die Geflügel- und Rindviehbestände, so in Noord-Brabant 9.580 Hühner je 100 ha, in Limburg 13.908 und in Gelderland 7.648. Diese Werte werden hierzulande nur im Landkreis Vechta erreicht (und dort sogar überschritten).

Die Exkrement-Überschüsse und die damit einhergehenden Ammoniak-Emissionen führten zu massiven Problemen für Grund- und Oberflächenwasser, Luft und Klima. Die niederländische Regierung legte ein Programm auf, um die Exkremente aufzubereiten und als standardisierten Dünger zu exportieren. Es gab sogar Pläne, die riesigen Güllemengen in die entladenen Rohöltanker zu pumpen, um sie in den Nahen Osten zu exportieren. Auch die agrarindustriell stinkenden Lieferungen von Hühner- und Hähnchenkot in die deutschen Ackerbauregionen sind Ausdruck dieser Entwicklung.

Kein Wunder, dass die Attraktivität dieses „holländischen Wegs“ der Agrarentwicklung dramatisch sank: So litt auch die Akzeptanz holländischer Agrarprodukte in Deutschland. Von der holländischen Bevölkerung wurden die gewerblichen Agrarfabrikanten auch als solche bewertet, mit der Sympathie für Bauern (die es ja in Holland auch gibt) konnten sie nicht mehr rechnen. Es wurde gesellschaftlich recht einsam um die niederländischen Agrarindustriellen.

### Geld aus Gülle-Rechten

In dieser Situation legte die niederländische Regierung ein Gesetz zum „Abbau der Tierhaltung“ vor. Zu diesem Zeitpunkt hatte man den Betrieben bereits kontingentierte Düngerproduktions- („Mist“-)Rechte und später Tierhaltungs- bzw. Produktionsrechte zugeteilt. In Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie machte man zwischen 1997 und 2004 allen Schweine- und Geflügelhaltern in den „Konzentrationsgebieten“ das Angebot, ihnen diese Tierhaltungs- bzw. „Mist“-Rechte abzukaufen (16 Euro Vergütung für das kg Phosphat). Ergänzt wurde dies durch Zahlungen für den Abbruch von Ställen.

Es nahmen 4.500 Betriebe teil, vor allem kleinere mit älteren Betriebslei-

tern. Insgesamt wurden 16 Millionen kg Phosphat aufgekauft, zwei Drittel aus dem Schweine- und ein Drittel aus dem Geflügelsektor. Gleichzeitig mit den aufgekauften Phosphor-Düngerechten verminderte sich die damit gekoppelte Stickstoffherzeugung um 33,5 Millionen kg und die Ammoniakemissionen um 7,8 Millionen kg pro Jahr. Insgesamt wurden so über 53 Prozent des für 2003 erwarteten Dünger-Überschusses aus dem Sektor herausgekauft, für 350 Millionen Euro.

Derzeit gibt es keine staatlichen Herauskauf-Prämien mehr, aber bei Einstellung der Produktion kann ein Betrieb seine Produktionsrechte privat verkaufen, der Preis liegt je nach Marktlage bei 200 Euro je Schwein. Ein Branchen-Insider berichtet, dass z. B. der Agrarindustrielle Adriaan Straathof in Kapel-Avezaath (Gelder-

land) die ersten, diese alten Anlagen übernahmen: die niederländische Plukon B.V. übernahm sofort nach der Wende den ehemaligen KIM-Betrieb Storkow und die Firma Goosens B.V. den KIM-Betrieb am Hermsdorfer Kreuz. In den folgenden Jahren kauften dann weitere niederländische Agrarindustrielle Standorte für Agrarfabriken auf.

Einige Beispiele:

- Mari van Genugten („Pelapro“) in Wellaune, Zollchow, Peckfitz und Spröda (und zusätzlich in Südosteuropa),
- Harry van Gennip in Sandbeiendorf, Mahlwinkel, Hassleben und Gerbisbach,
- Jos und Sjaak Nooren in Allstedt,
- Henry van Asten in Nordhausen,
- die Brüder van Dijck in Nuthetal-Urstromtal,



Wohin die Investoren auch kommen, zunehmend stoßen sie auf breite Bürgerbewegungen, die sich gegen den Aufbau von Anlagen mit Zigttausenden von Sauen und Mastschweinen wehren, wie hier mit einer Demo in Medow/Mecklenburg-Vorpommern Anfang Februar.

Foto: Wietzow

land) einen Schweinebetrieb mit 20.000 Tieren auf zwei Stockwerken hatte, den er nach einer Klage der Provinz wegen seiner Umweltbelastungen räumen musste. Die Einnahmen Straathofs aus Schweinerechten betrugen demnach rund 4 Millionen Euro. Diese Gelder können er und andere Agrarindustrielle dann wieder in Deutschland investieren. So führte das holländische Reduzierungsprogramm zur Finanzierung von Mega-Agrarfabriken in Ostdeutschland...

### Namen und Widerstand

Bereits 1990 hatte sich für die niederländischen (wie auch für die westdeutschen) Agrarindustriellen ein neues Investitionsfeld in Ostdeutschland aufgetan. Denn dort hatte man zu DDR-Zeiten – im Zusammenwirken von wissenschaftlich-technischem Wahn und Planwirtschaft – die riesigen Agrarfabriken des „Kombinats Industrielle Mast“ (KIM) aus dem Boden gestampft. Nach der Wende gehörten niederlän-

- Eric Arts und Marc Bolder in Vetschau/Tornitz (und in Ungarn),
- Adriaan Straathof in Gladau, Binde, Medow und Alt Tellin,
- J. Straathof in Tönchow und Woeten/Warnow,
- Luc Poels in Alkersleben.

Ursache für diese holländische Variante der agrarindustriellen Invasion ist also eine Mischung aus Druck (niederländische Reduzierungszahlungen) und Sog (ostdeutsche Subventionen und Baugenehmigungen). Gegen agrarindustrielle Mega-Agrarfabriken (von holländischen und von deutschen Agrarindustriellen) haben sich an allen Standorten Bürgerinitiativen gebildet, die mit Hilfe von Umwelt- und Tierschutzverbänden gegen diese Projekte klagen – an etlichen Standorten bereits mit Erfolg. Die Agrarindustrie-Verlagerung von Holland nach Ostdeutschland ruft nach einer internationalen Verflechtung dieses Widerstands.

Eckehard Niemann

## Kinder weiter beitragsfrei versichert?

Nicht nur Kinder von Arbeitnehmern, die in gesetzlichen Krankenversicherungen mitversichert sind, sondern auch die Kinder der Landwirte sollen weiterhin mit Hilfe von Steuergeldern beitragsfrei mitversichert sein. Für die Jahre 2007 und 2008 ist das ohnehin gültige Gesetzeslage. Offen ist, wie die Situation ab 2009 aussehen wird. Denn dann gibt es für die gesetzlichen Krankenkassen den „Gesundheitsfonds“, über den die Kassen indirekt an den Steuergeldern für die so genannten „versicherungsfremden Leistungen“ teilhaben. Die Landwirtschaftlichen Krankenkassen (LKV) wurden aber aus guten Gründen nicht in das Fonds-System eingebunden. Das Gesetz über die Gesundheitsreform enthält dennoch keine Regelung, wie Steuergelder für die Mitversicherung der Bauernkinder ab 2009 an die LKV fließen könnten, was herbe Proteste ausgelöst hat. Das Bundesministerium BMELV hat nun aber in einem Papier versprochen, dass „eine Anschlussregelung für die LKV rechtzeitig auf den Weg gebracht wird“. *uj*

## Österreicher für Arbeits-Anbindung

Der Präsident des Österreichischen Bauernbundes und Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei in der Nationalversammlung Fritz Grillitsch hat sich dafür ausgesprochen, die Direktzahlungen der Europäischen Union an den Faktor Arbeit zu binden. Auf einer Konferenz des Ökosozialen Forums in Wien sagte Grillitsch: „Wir müssen uns im Marktordnungsbereich klar positionieren, damit auf EU-Ebene die Intensität des Arbeitseinsatzes in der Landwirtschaft und die Qualität der Produkte als Kriterien für Direktzahlungen verankert werden. Dies ist vor allem für das Berggebiet und die Viehwirtschaft wichtig, da diese Bereiche mit einem hohen Arbeitseinsatz verbunden sind.“ *pm*

## Katerstimmung bei der Confédération Paysanne

Die Landwirtschaftskammerwahlen in Frankreich sind dieses Mal nicht so positiv für die Confédération Paysanne ausgefallen wie in den letzten Jahren. Statt wie bisher stetig an Stimmen zuzulegen, hat der Verband dieses Mal sieben Prozentpunkte verloren, liegt aber immerhin noch bei 19,6 Prozent. Der Stimmenanteil der FNSEA (Franz. Bauernverband) hat sich kaum verändert (55,2), während die rechtsgerichtete Coordination Rurale mit 6,5 Prozentpunkten stark an Stimmen gewonnen hat (18,7). Die Landwirtschaftskammerwahlen in Frankreich finden alle sechs Jahre statt. Die Hälfte der Sitze geht direkt an den Sieger, die übrigen werden entsprechend der Stimmenanteile aufgeteilt. Dies führt zu einer Sitzzahl von 1.507 für die FNSEA gegenüber 166 für die Confédération Paysanne. Der Vorstand reagierte neben selbstkritischen Überlegungen auch mit der Aussage: „Die Confédération hat es schon immer verstanden, in schwierigen Situationen nach vorne zu agieren.“ *sk*

## Präsidentenskandidat hinter Gittern

José Bové, ehemaliger Sprecher der Confédération Paysanne, ist Kandidat für die französischen Präsidentschaftswahlen. Als Vertreter einer antiliberalen Linken will er den Kampf gegen Armut und soziale Unsicherheit in das Zentrum seines Wahlkampfes stellen. Er vertrete keine Partei, sagte Bové, sondern fühle sich jenen 32.000 Bürgern verpflichtet, die in einer Petition seine Bewerbung gefordert hatten. In Umfragen kam der 53-Jährige schon bisher auf knapp fünf Prozent der Stimmen. Es gibt jedoch noch zwei Hürden für die Kandidatur zu nehmen. Zum einen muss Bové – wie jeder Kandidat – 500 Unterschriften gewählter Volksvertreter zusammenbringen. Zum anderen bleibt noch die Frage, wie und wann er eine viermonatige Haftstrafe wegen Zerstörung eines Genmais-Feldes antreten muss. Müsste er vor der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 22. April ins Gefängnis, dann stehen seine Chancen schlecht. Bové sagte, er werde seinen Wahlkampf notfalls aus dem Gefängnis heraus führen. Seine Tat habe er aus Überzeugung begangen; dafür werde er die Verantwortung übernehmen. *sk*

## Abo für Minister

Eine besondere Idee hatten die Ackerbauern Peter Weber und Gerhard Portz, als sie am Ende einer Veranstaltung im Kreis Trier den rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsminister Hendrik Hering (SPD) zu fassen bekamen. Die beiden Mitglieder der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren (IG Nachbau) haben dem Minister die Sache mit der Agro-Gentechnik auseinandergelagt. Es muss ein längeres Gespräch gewesen sein. Auf jeden Fall hielten die beiden Bauern es auch danach noch für sinnvoll, dem Minister mehr Informationen zum Thema zukommen zu lassen. Und so schenkten sie dem Minister ein Abo der Bauernstimme für ein Jahr.

Kurzes am Rande

## Beiträge für Viehbetriebe verdoppelt

Beiträge zur Berufsgenossenschaft umgestellt.  
Härtefallregelung nur auf Druck des Sozialministeriums

In Nordrhein-Westfalen gehören viehhaltende Betriebe, insbesondere Milchviehbetriebe zu den klaren Verlierern der neuen Beitragsgestaltung bei der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. Im März, wenn die Beitragsbescheide für das zurückliegende Jahr 2006 mit der Post auf die Betriebe kommen, werden viele erschrecken. 45.000 Betriebe werden Beitragssteigerungen hinnehmen müssen, schreibt die Berufsgenossenschaft in einer internen Information, weit mehr als 3.000 Betriebe müssen mit der Verdopplung ihrer Beiträge rechnen. Beschlossen hat das alles nicht irgendeine Regierung, sondern die Vertreterversammlung auf Vorschlag des Vorstandes, in beiden Gremien haben Vertreter der Bauernverbände letztlich das Sagen.

Und so waren es diesmal nicht bäuerliche Interessenvertreter, sondern das Sozialministerium in NRW, das die neue Beitragsregelung vorerst gestoppt hat. Das Ministerium hat seine notwendige Zustimmung verweigert, weil keine Regelung zur Milderung von Härtefällen vorgesehen war. In Gesprächen mit dem Ministerium wurde dann eine Härtefallregelung entwickelt, wonach Beiträge eines Betriebes sich maximal verdoppeln dürfen.

### Geteilte Härten

Nach Aussagen gut informierter Kreise sollen dabei aber wiederum Bauernverbands-Vertreter dafür gesorgt haben, dass die Härtefallregelung für Kleinbetriebe nicht greifen wird: Alle Betriebe, deren Beiträge sich durch die neue Beitragsgestaltung auf weniger als 800 Euro im Jahr erhöht, gelten nicht als Härtefall. Nur wenn 800 Euro erreicht werden, wird die Erhöhung auf das Doppelte des Beitrages 2005 gedeckelt, immer vorausgesetzt, die Beitragserhöhung beruht nicht auf Betriebsvergrößerung oder ähnlichem.

Als Begründung steht in dem Papier der Berufsgenossenschaft, es handele sich bei den betroffenen Betrieben, die unter 800 Euro Beitrag bleiben, „weit überwiegend“ um „Zuerwerbs- oder Hobbybetriebe“. Und für die könne keine Existenz gefährdende Beitragssteigerung gesehen werden, weil „derartige Unternehmen gerade nicht die Existenzgrundlage bilden“. Betroffenen, die das anders sehen, bleibt der Rechtsweg.

Obwohl die kleineren Betriebe schon rausgefallen sind, deckelt die Härtefallregelung bei immer noch 2.878 Betrieben

die Erhöhung auf das Doppelte. Dadurch entstehen der Berufsgenossenschaft Beitragseinnahmen von über 4,5 Mio. Euro im Jahr. Die betroffenen Betriebe hätten also ohne die durch das Ministerium erzwungene Härtefallregelung schon im Durchschnitt über 1.500 Euro je Betrieb mehr zahlen müssen.

Mehr zahlen müssen vor allem Rinderhalter. Erstens passieren in diesen Betrieben mehr Unfälle als in Betrieben ohne Tierhaltung. Um dem Rechnung zu tragen, sind die Betriebe in Risikogruppen eingeteilt worden, und jede Gruppe muss die Unfallkosten tragen, die auf Betrieben ihrer Gruppe entstehen. Und dann bemisst sich der Beitrag auch noch nach dem durchschnittlichen Arbeitszeitbedarf der konkreten Betriebe. Früher haben sich die Beiträge im wesentlichen am Flächenumfang der Betriebe orientiert. Die neue Regelung entlastet daher flächenstärkere (Ackerbau-)Betriebe und belastet viehhaltende Betriebe.

### Bundesweite Diskussion

Nicht nur in NRW ist die landwirtschaftliche Unfallversicherung in der Diskussion. Das Bundesministerium BMELV will die acht Berufsgenossenschaften als Träger der Unfallversicherung verpflichten, ihre Beitragssysteme nach dem Vorbild NRW's auf „risikogerechte Beiträge“ umzustellen, wie es im übrigen auch der DBV fordert. Der Vorschlag ist Teil eines internen Konzeptes des BMELV.

Daneben werden erste Einschränkungen bei den Leistungen (u. a. Einführung einer Selbstbeteiligung für Betriebs- und Haushaltshilfe; Wegfall des Versicherungsschutzes für vorübergehend auf dem Betrieb Tätige) vorgeschlagen. Gedacht ist auch daran, die Verwaltungskosten verpflichtend um 10 Prozent zu senken. Zudem enthält das Papier einen Vorschlag, mit dem die rund 57.000 so genannten „Kleinrenten“ (unter 30 Prozent Minderung der Erwerbsfähigkeit) nicht mehr weiterhin monatlich gezahlt, sondern einmalig abgefunden werden sollen (auf freiwilliger Basis). Von allen angedachten Maßnahmen zusammen erwartet das BMELV für das Jahr 2011 Einsparungen für den Bund von 100 Mio. Euro beim Bundeszuschuss (derzeit 200 Mio. Euro) sowie 100 Mio. Euro für die Betriebe gegenüber dem Jahr 2006. Die Bundesländer zeigten sich bisher wenig angetan von den Plänen.

## SPD fordert 300 Meter Abstand

Die Bundesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Gentechnikgesetz zu novellieren. Ende vergangenen Jahres hat das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz einen Entwurf für ein Eckpunktepapier vorgelegt, der jetzt im Kabinett beschlossen wurde. Ulrich Kelber formuliert die weitere Diskussionslinie der SPD.

*Welches sind die Unterschiede zwischen den Papieren von BMELV und SPD?*

Wichtig ist zunächst, dass es nicht mehr um eine grundlegende Entscheidung für oder gegen Grüne Gentechnik gehen kann. Diese ist mit der europäischen Richtlinie gefällt worden. Aber es geht darum, welche Sicherheitsmaßnahmen für die Anwendung ergriffen werden müssen. Konkret geht es um die Ermöglichung der Koexistenz zwischen gentechnikfreier und Gentechnik nutzender Landwirtschaft und um den Erhalt der Entscheidungsfreiheit der Verbraucher. Beides gewährleisten die Eckpunkte des BMELV aus unserer Sicht nicht.

*Es gibt also unterschiedliche Positionen?*

Der entscheidende Unterschied ist, wie wir damit umgehen, dass die gentechnikfreie Landwirtschaft durch eine vermehrte Nutzung der Gentechnik durch einzelne Betriebe mit erheblichen Mehrkosten belastet wird. Wer kommt für zusätzliche Testkosten auf? Was ist mit den Kosten für getrennte Ernte, Lagerung und Verarbeitung? Wie wird die Zukunft der gentechnikfreien Landwirtschaft, die weit über 90 Prozent der Landwirte wollen und über 80 Prozent der Verbraucher, gewährleistet? Diese Frage ist völlig offen. Wir haben gegenüber CDU/CSU durchgesetzt, dass es dazu im Frühjahr eine große Fachtagung geben wird.

*Lässt sich daraus schließen, dass auch die SPD in dieser Frage keine Lösung hat?*

Wir haben kein Patentrezept vorlegen können, aber unser Verdienst liegt darin, dass diese Fragestellung jetzt im Mittelpunkt der Diskussion steht. Wir sind nur zu einer Novelle des Gentechnikgesetzes bereit, die die gentechnikfreie Landwirtschaft vor zusätzlichen Kosten schützt und die Transparenz für die Verbraucher erhöht.

*Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Koexistenzschäden möglichst gering zu halten?*

Ein Beispiel sind höhere Sicherheitsabstände. Bei bestimmten Pflanzenarten, z. B. beim Raps, sollte man den Anbau vollständig ausschließen, weil Koexistenz durch eine hohe Auskreuzungsrate überhaupt nicht gewährleistet werden kann. An anderen Stellen wollen wir zusätzlich Aspekte in die Genehmigungsverfahren hinein bringen. Wir möchten, dass im europäischen Zulassungsverfahren auch verstärkt soziale und ökologische Auswirkungen politisch bewertet werden.

*Oft entsteht dem Landwirt schon bei Verunreinigungen unter 0,9 Prozent ein wirtschaftlicher Schaden. Welche Vorstellungen hat die SPD bei der Haftungsfrage?*

Wir wehren uns ganz entscheidend dagegen, bei der Haftung eine abschließende Aufzählung zu haben, wie das BMELV dies vorgeschlagen hat. Die Regelung, die heute mit dem „insbesondere“ drinnen steht, sollte in dieser Offenheit bleiben, obwohl auch diese keinen klaren Schutz vor Schäden bei Unterschreitung des Kennzeichnungsschwellenwertes bietet. Eine Lösung muss anerkennen, dass z. B. die weiterverarbeitende Industrie deutlich niedrigere Grenzwerte von den Lieferanten einfordert.

*Welche Rolle spielt das Saatgut in dieser Diskussion?*

Wir haben bis heute keinen Saatgutsschwellenwert. Den brauchen wir. Dieser Wert muss bei der Bestimmungsgrenze liegen, also um 0,1 Prozent. Da sind wir uns wohl mit Horst Seehofer einig, aber noch nicht mit der gesamten CDU/CSU. Aus der Biotechnologie nutzenden Industrie kommt der Vorschlag von 0,5 Prozent. Das ist für uns völlig inakzeptabel.

*Die Umweltverbände und alternative Bauernorganisationen wie die ABL betonen immer wieder, dass sie Koexistenz für nicht möglich halten.*

Bei dieser Frage muss man zwei Sachen unterscheiden. Zum einen gibt es ein EU-Recht, das umgesetzt werden muss und in dessen Rahmen wir handeln

müssen. Andererseits habe ich persönlich dazu eine Meinung. Ich glaube, dass in der Tat, auch bei dem gesellschaftlichen Nutzen, den die Gentechnikpflanzen der heutigen Generation haben, Koexistenz nicht mit vertretbarem Aufwand gewährleistet werden kann. Ich glaube, dass wir durch den Einsatz von GVO eine große Zahl von Arbeitsplätzen gefährden, ohne dadurch einen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen zu generieren.

*Der Bauernverband argumentiert mittlerweile in Bezug auf den Einsatz der Gentechnik zurückhaltender ...*

Bei offenen Türen mag dies so sein, aber wenn die Türen verschlossen sind, hört man leider immer noch Anderes. Es reicht nicht zu sagen, wir werden keine GVO anbauen, es geht um die Regeln für den Anbau, die auch die gentechnikfreie Landwirtschaft schützen sollen.

*... vor allem wenn es um Lebensmittel geht. Allerdings wird dann schnell auf den steigenden Bedarf nachwachsender Rohstoffe hingewiesen. Kann es unterschiedliche Anforderungen bei Lebensmittel- und bei Energiepflanzen geben?*

Die gute fachliche Praxis beim Umgang mit Gentechnik darf nicht zwischen Verwertungszwecken unterscheiden. Denn ich sehe doch einer Frucht nicht von vornherein an, für was sie verwendet werden soll. Der Abstand zwischen zwei Maisfeldern sollte z. B. aus meiner Sicht 300 Meter sein, egal ob der Mais als Futtermais oder als Silomais für eine Biogasanlage oder für noch was anderes gedacht ist.

*Für die Verbraucher ist der Einsatz von GVO nur eingeschränkt nachvollziehbar, da tierische Produkte nicht gekennzeichnet werden müssen. Wird sich dies in Zukunft ändern?*

Wir haben einen klaren Parteitagebeschluss diesbezüglich. Wir wollen, dass tierische Produkte, die unter Einsatz von GVO produziert wurden, zukünftig gekennzeichnet werden müssen. Und wir wollen die so genannte Seehofer-Verordnung in Bezug auf die Kennzeichnung „ohne Gentechnik“ praxisnah machen, eine Positivkennzeichnung ermöglichen. Dabei werden wir aber nicht die Vorgaben aufweichen.



Bisher ist wenig geregelt.

Foto (M): painsuisse

*Haben Sie eine Vision von Landwirtschaft? Wie sieht Landwirtschaft in Bezug auf Gentechnik in 10 Jahren aus?*

Ich glaube, dass wir in 10 Jahren nach wie vor einen äußerst geringen Einsatz von GVO in der deutschen Landwirtschaft haben werden. Ich glaube, dass Deutschland gut daran täte, andere Methoden der Züchtung zu nutzen. Smart Breeding, also Beschleunigte Züchtung mit Hilfe der Kenntnisse der Gentechnik aber durch herkömmliche Züchtungsmethoden, die die Artgrenzen nicht überschreiten, hat enormes Potenzial, das viel zu wenig gefördert wird, obwohl es die Risiken von GVO vermeidet. Die Verbraucher werden, auch durch weitere Unglücke in den USA noch stärker GVO in Lebensmitteln ablehnen.

*Vielen Dank für das Gespräch.*

*Das Gespräch führte  
Marcus Nürnberger*



Ulrich Kelber, (stellv. Fraktionsvorsitzender SPD-Bundestagsfraktion)

## Quoten-Überlieferung droht

Die Milcherzeugung in Deutschland ist in den letzten Monaten deutlich gestiegen, so stark, dass die ZMP (Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle) es nicht mehr ausschließt, dass die Milchquote, die in Deutschland insgesamt strafabgabefrei erzeugt werden darf, noch überschritten wird. Das Milchwirtschafts- und Quotenjahr endet am 31. März. Für den Zeitraum April 2006 bis Ende Januar 2007 liegt die Quotenausnutzung laut ZMP-Hochrechnung bei 99,2 Prozent. Sollte die 100-Prozent-Marke überschritten werden, drohen überliefernden Betrieben Superabgaben. *uj*

## Großmolkereien zahlen weniger

Der durchschnittliche Milchpreis von 16 großen europäischen Molkereien betrug im letzten Jahr 27,32 Cent pro Kilo bei 4,25 % Fett und 3,35 % Eiweiß bei einer Jahresliefermenge von 350.000 kg. Das sind laut *agriholland* 0,76 Cent/kg bzw. 2,7 Prozent weniger als im Jahre 2005. *pm*

## Weiter Unruhe bei Nordmilch

Deutschlands größte Molkerei, die Nordmilch (4 Mrd. kg Milchverarbeitung im Jahr), kommt nicht zur Ruhe. Laut Lebensmittelzeitung wollte der Aufsichtsrat noch im Februar den Nordmilch-Finanzvorstand Hero Schulte (44) aus seinem Amt entlassen. Einzelheiten über die Gründe seien nicht bekannt, aber aus Bankkreisen sei zu hören, mangelnde Aufklärung vonseiten des Finanzchefs hätte bei Kreditgebern im kritischen Zeitraum Jahresende 2006 zu einem Vertrauensverlust geführt. Neben der Personalie soll auch ein Sparprogramm beschlossen werden, TV-Werbung für die Marke Milram solle gestoppt werden, 150-200 Arbeitsplätze in der Zentrale sollen gestrichen werden. Wie in der letzten *Bauernstimme* berichtet, hatte die Nordmilch im Januar die Auszahlungspreise für Dezember überraschend um 3,5 Cent auf 25 Ct/kg gesenkt, für Januar setzte die Molkerei die Preise auf 26 Ct/kg. *uj*

## Milch-Symposium in Holland

Die Partner-Organisation des BDM in den Niederlanden, die Nederlandske Meelveeholders (NMV), lädt für den 16. März nach Utrecht zu einem großen Symposium zur „Zukunft der Milchquote“ (Infos unter [www.NMV.nu](http://www.NMV.nu)). Die NMV hat in den Niederlanden das Dutch Dairy Board ins Leben gerufen, in dem sich möglichst viele niederländische Milchbauern organisieren sollen, um gegenüber den Molkereien höhere Preise durchzusetzen. *pm*

## Patent für Milchkuh erteilt

Das Europäische Patentamt (EPA) in München hat ein Patent auf Milchkuh erteilt (Nr. EP 1330552). Zusammen mit der Liga für Hirtenvölker warnt deshalb Greenpeace vor Monopolen der Konzerne bei der Zucht von Nutztieren und hat Ende Februar den Bericht „Tierzucht-Monopoly“ vorgelegt. „Bald gehört der Kuhstall nicht mehr den Bauern, sondern den Konzernen“, sagt Christoph Then, Patentexperte von Greenpeace. Mit dem Patent wollen sich die Erfinder der Turbomilchkuh aus Belgien und Neuseeland Verfahren zur Züchtung von Kühen schützen lassen, die mehr Milch oder Milch mit veränderten Inhaltsstoffen geben. Dies geschieht durch normale Zucht oder den Einbau zusätzlicher Gene in das Genom der Tiere. Greenpeace fordert, die europäische Kartellgesetzgebung für die Landwirtschaft zu verschärfen. Zudem muss die europäische Patentrichtlinie geändert werden, damit Patente auf Tiere und ihre Gene, auf Pflanzen und Saatgut nicht mehr möglich sind (Bericht unter: [http://www.greenpeace.de/themen/patente/nachrichten/artikel/sensation\\_milchkuh\\_erfunden](http://www.greenpeace.de/themen/patente/nachrichten/artikel/sensation_milchkuh_erfunden)). *Susanne Gura*

## Formel zur Kuh-Kühlung

Um die Milchleistung der Kühe in südlichen Ländern durch Kühlung zu erhöhen, haben indische und malaysische Forscher eine neue Formel zur Messung der Kuh-Temperatursenkung entwickelt. In die alte, sehr umständliche Formel gingen folgende Daten ein: Gewicht der Kuh, Durchmesser der Kuh, Durchmesser eines typischen Haares, Dichte und Dicke des Fells, Verhältnis zwischen behaarter und unbehaarter Hautoberfläche, Koeffizient des tatsächlichen Abstrahlungsbereiches, Abstrahlungskoeffizient der Haut, Koeffizient der Strahlungswärmeübertragung, Wärmeleitfähigkeit der Luft und die der Fellschicht. Die neue Formel beruht nur auf vier Daten: Feuchtigkeit der Kuh, Umgebungstemperatur, Luftgeschwindigkeit und relative Luftfeuchtigkeit (*Zeitwissen 1/07*). *en*

## Auch Bio-Milchpreis muss rauf

Vertreter der Bio-Milchbauern haben in Nürnberg Resolution beschlossen

Biomilch ist knapp und begehrt in Deutschland. Die Nachfrage übersteigt das Angebot. Das geht nun schon eine ganze Weile so, aber der Erzeugerpreis für die Biobauern zieht nur sehr zögerlich an, und auch das nicht bei allen Molkereien. Die Biobauern wollen nun den Druck erhöhen, damit die Preise steigen, denn ähnlich wie bei den konventionellen Kollegen decken auch bei ihnen die Milchpreise die Vollkosten der Erzeugung nicht.

Die Folge der zu niedrigen Preise: „Zunehmend geben Bio-Bauern die Milcherzeugung auf. Nur wenige konventionelle Bauern sind an der Umstellung auf Bio interessiert.“ So steht es in der Resolution, die die Biomilch-Liefergemeinschaften aus ganz Deutschland unterzeichnet haben. Deren Vertreter hatten sich im Rahmen der Bio-Fach am 17. Februar in Nürnberg getroffen, um sich über Auszahlungspreise und Entwicklungen in ihren Liefergruppen auszutauschen.

Die Nachfrage nach Biomilch im deutschen Handel werde zunehmend aus dem Ausland gedeckt, mahnt die Resolution. „Dies wird sich nur ändern, wenn die Bio-Milchpreise nachhaltig steigen“, ist daher die Kernbotschaft. Im Wortlaut heißt es in der Erklärung:

1. Die Erzeugerpreise für Biomilch müssen steigen. Wenn dies bei allen Bio-Molkereien gleichermaßen erfolgt, hat keine

ein Problem damit. Die Nachfrage ist höher als das Angebot.

2. Wir sehen die Entwicklung in Deutschland mit Sorge, zunehmend wird der Bedarf aus dem Ausland gedeckt. Wir wollen die Bio-Milchmengen gerne steigern, damit unsere Molkereien den Markt bedienen können. Dafür brauchen wir aber kostendeckende Preise.
3. Wir fordern keine unrealistischen Höchstpreise, sondern schrittweise Steigerungen. Das jetzige Niveau ist zu niedrig, um unseren Bio-Milchbetrieben eine nachhaltige Perspektive zu bieten und konventionellen Betrieben zur Umstellung zu raten.
4. Unsere Biomilch-Kollegen in den benachbarten EU-Ländern unterstützen diese Aktion und setzen sich ebenfalls für höhere Bio-Milchpreise ein.
5. Wir fordern unsere Molkereien und den Handel auf, die Herkunft und die Qualität unserer bekannten Öko-Verbände und seiner Bio-Milcherzeuger in Deutschland hervorzuheben.“

Zum Schluss verpflichteten sich die Unterzeichner dazu, die Forderungen durchzusetzen „und gegebenenfalls mit weiteren Maßnahmen zu unterstreichen“. Das mag als Hinweis an den Milchlieferstreik gedacht gewesen sein, mit dem Biomilchbauern vor drei Jahren bundesweit auf ihre Lage aufmerksam gemacht hatten. *uj*



Vertreter der deutschen und europäischen Bio-Milchbauern verabschieden einstimmig die Resolution für höhere Milchpreise. Foto: Bioland

## Erzeugerpreise für Bio-Milch in Deutschland

Cent/kg (4,2 % Fett, 3,4 % Eiweiß)	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Bio-Milch	35,3	36,9	40,0	35,9	35,2	34,4	34,4	34,8
Konventionell erzeugte Milch	29,9	31,5	34,3	31,3	29,9	29,4	28,9	28,4

Quelle: ZMP

Während die Molkereien in Deutschland im Durchschnitt für konventionell erzeugte Milch den Preis auch im Jahr 2006 weiter gesenkt haben, haben die Biomilch verarbeitenden Unternehmen den Abwärtstrend für Biomilch gestoppt. Mit einem Plus von durchschnittlich 0,4 Ct/kg (4,2 % Fett, 3,4 % Eiweiß) zeigt der Trend sogar leicht nach oben. Was die Zahlen der ZMP nicht zeigen ist, dass einzelne Molkereien in 2006 dennoch auch für Biomilch weniger ausgezahlt haben als schon 2005. *uj*

## Echo auf 40-Cent-Forderung

Milchindustrie sagt, Bauern sollten mit „Auskommen“ zufrieden sein.  
Bauernverband gerät unter Druck und fordert nun 30 Cent

Das eindeutige Votum von über 2.000 nach Berlin zum BDM-Symposium gereisten Milchbauern für die Preisforderung von 40 Cent den Liter Milch schlägt Wellen. Der Milchindustrie-Verband (MIV) reagierte mit einer Pressemitteilung, nachdem er die Einladung nach Berlin ausgeschlagen hatte. In der Mitteilung schreibt der MIV, dass die Molkereien „schon im wohlverstandenen Eigeninteresse“ dafür sorgen würden, „dass ihre Lieferanten ein den Rahmenbedingungen entsprechendes, zufriedenstellendes Auskommen“ hätten. Als entscheidend stellt der MIV die „Rahmenbedingungen“ hin und will die Verantwortung für vielleicht doch nicht „auskömmliche“ Milchpreise nach Brüssel (EU) und Genf (WTO) schieben. „Einseitige Forderungen nach nicht zu erwirtschaftenden Auszahlungsleistungen“ gingen an der Realität vorbei, so der MIV.

Auch auf den vom BDM angedrohten Milchstreik für den Fall, dass die Molkereien sich mit dem BDM nicht an einen Verhandlungstisch setzen wollen, oder für den Fall, dass das Verhandlungsergebnis die Bauern nicht zufrieden stellen sollte, geht der MIV ein. „Die derzeit von Teilen der Erzeugerseite öffentlich diskutierten Maßnahmen sind geeignet, ein falsches Bild über die wahren Marktzusammenhänge zu vermitteln und das bestehende gute Vertrauensverhältnis zwischen Mil-

cherzeugern und -verarbeitern nachhaltig zu stören“.

Insgesamt dürfte die Reaktion des Molkeverbandes nicht überraschen, sie entspricht der Interessenlage der Molkereien.

Der Deutsche Bauernverband (DBV) hat es da schon schwerer. Einerseits sind viele der BDM-Mitglieder auch Mitglied im DBV, andererseits sitzen DBV-Funktionsträger auch in Molkerei-Gremien. So äußerte sich der DBV zwar nicht direkt zum BDM-Symposium, aber am Signal von Berlin kommt er nicht vorbei. Er fordert nun in jeder Pressemitteilung zu Milch, dass die Milchpreise steigen müssten, und nennt – ein Novum – sogar konkrete Zahlen. Mal steht da als Ziel über 30 Cent je Kilo. Mal heißt es, die Erzeugerpreise müssten „um 8 bis 10 Prozent“ steigen, was so ungefähr auf das Gleiche hinausläuft. Als Begründung werden gestiegene Energie- und Futterkosten genannt. Den Molkereien müsse es, auch angesichts einer weltweit günstigen Marktlage, gelingen, in den anstehenden Preisverhandlungen mit dem Lebensmittelhandel höhere Preise durchzusetzen.

Für die höheren Erzeugerpreise setze sich derzeit der Bauernverband „bei den Gesprächen mit den Molkereien“ ein, heißt es beim DBV. Der Landes-Chef von Westfalen-Lippe, WLV-Präsident Franz-Josef Möllers, stellte auf den Agrarunterneh-

mertagen in Münster klar, dass es nicht Aufgabe des Bauernverbandes oder gar der Bauern sei, Milchpreise auszuhandeln: „Das ist Sache der Molkereien“, so Möllers.



BDM-Signal von Berlin.

Den Milchstreik als Mittel lehnt der DBV jedoch ab. Generalsekretär Dr. Born sagte, die Androhung von Lieferstreiks sei „genau das falsche Mittel“, wecke Hoffnungen bei den Wettbewerbern in Europa und zerstöre das mühsam aufgebaute gute Image von Milch und Milchprodukten. Diese Wirkung auf das Image kann bisher nicht belegt werden, im Gegenteil. Viele Lokalzeitungen haben in den letzten Wochen über die BDM-Forderungen berichtet und zwar durchweg mit großem Verständnis. Der BDM geht seinen Weg weiter. *uj*

### Druck des LEH

Niedrige Milchpreise seien das Ergebnis einer bestimmten Handlungsweise des Lebensmittel-einzelhandels (LEH) und keinesfalls eine Folge der Marktkräfte. Zu diesem Schluss kommt ein am 16. Februar veröffentlichter Bericht einer britischen Parlamentariergruppe (APPG on Dairy Farming). Trotz steigender Preise für Milchprodukte im Supermarkt seien die Erzeugerpreise stetig gesunken.

Für den Vorsitzenden der Parlamentariergruppe Kawczynski ein klares Indiz dafür, dass der Einzelhandel seine Monopolposition gezielt ausnutze. Britische Farmer bräuchten einen ähnlichen Schutz, wie ihn das Amt für fairen Handel den Verbrauchern bietet, empfiehlt der Bericht. Die Schaffung einer Aufsichtsbehörde sowie eines Verhaltenscodex soll in Betracht gezogen werden, um die Milchproduzenten besser zu schützen. Würden faire Milchpreise bezahlt, wären die Bauern nicht auf Kredite angewiesen, um ihre Betriebe zu unterhalten. Die Einführung eines garantierten Mindestpreises für Milch schlägt Vizevorsitzender Hoyle vor. Die Großvertrieber müssten ihren Beitrag dazu leisten, die nötigen Modernisierungsmaßnahmen zu ermöglichen und damit das Überleben der britischen Milchproduktion zu sichern. *sk*

## Bauern setzten Nein zur Fusion durch

MUH und Humana bleiben alleine. Genossenschaft bleibt Genossenschaft

Das in einer Genossenschaft die Mitglieder von zentraler Bedeutung sein können, sollten die Damen und Herren aus der Führungsetage eigentlich wissen. Was passieren kann, wenn man seine Mitglieder, die ja faktisch auch der Arbeitgeber sind, nicht an Entscheidungsprozessen beteiligt und versucht, sie vor „vollendete“ Tatsachen zu stellen, musste kürzlich die Führung der Milchunion Hocheifel (MUH) erfahren. Im Herbst vergangenen Jahres war eine geplante Fusion mit der Humana-Milchunion aus dem Hut gezaubert worden. Allerdings ohne die Bauern an der Entscheidung zu beteiligen oder sie auch nur über die Details der geplanten Verschmelzung und ihre Konsequenzen zu informieren. Die Fusionspläne sind geplatzt. Die jetzt erfolgte Trennung geht auf die anhaltenden Proteste der Mitglieder zurück. Negative Konsequenzen außer eines Imageschadens sind für das Unternehmen nicht zu erwarten. Doch wie geht es weiter?

Ob die immer wieder von Verbänden und Berufsvertretungen angemahnte Notwendigkeit zu Fusionen für ein gut aufgestelltes Unternehmen wie die MUH der einzige Weg ist bleibt offen. Das Unternehmen jedenfalls scheint sich derzeit über einen Mangel an Heiratsanwärtern keine Gedanken machen zu müssen. Nur wenige Tage nach der Absage an die Humana Molkerei haben die Hochwald Nahrungsmittelwerke GmbH via Medien ihr Interesse bekundet. Wieder über Medien transportiert wurde dann die Antwort der MUH:

An neuen Partnern sei man jetzt nicht interes-

siert. Sowohl MUH als auch Humana wollen ihre Restrukturierungspläne nun jeweils alleine umsetzen. *mm*



Kaum hatte die MUH der Humana einen Korb gegeben, öffnete die Hochwald-Molkerei ihre Tür. Foto: Jasper

## Aus für Gorleben gefordert

Während im Fahrwasser des Klimawandels wieder mehr Stimmen zu vernehmen sind, die sich für einen Ausbau der Kernenergie einsetzen, fordert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg das endgültige Aus für den Salzsock in Gorleben.

„Seit Jahrzehnten ist bekannt, dass sich über dem Gorlebener Salzstock auf sieben Quadratkilometer teilweise kein oder nur ein löchriges Deckgebirge befindet, dadurch würden hochradioaktive eingelagerte Stoffe über Wasserverbindungen in die Biosphäre gelangen“, so ein Sprecher der BI. Seit 30 Jahren wehrt sich die BI gegen ein Endlager Gorleben und bisher ist noch kein Atommüll eingelagert worden. Vielen Dank und weiterhin viel Erfolg. *mn*

## NRW-Bündnis trifft Minister

Um Landesminister Eckhard Uhlenberg (CDU) am konkreten Beispiel zu demonstrieren, welche Kosten und Probleme die Agro-Gentechnik schon heute verursacht, hatte das NRW-Bündnis für gentechnikfreie Landwirtschaft am 22. Februar in die Teutoburger Ölmühle eingeladen. Deren geschäftsführender Gesellschafter Dr. Michael Raß erläuterte, was allein die Untersuchungen auf GVO das Unternehmen kosten. Gerhard Kattenstroth (AbL) und Vincent Thuneke (Bioland) forderten den Agrarminister auf, in Sachen Gentechnik die Interessen der bäuerlichen Betriebe zu vertreten. Uhlenberg zeigte sich interessiert, in der Sache jedoch kompromisslos. Von der gentechnikfreundlichen Linie der Bundes-CDU wolle er nicht abweichen, wird berichtet.



Exkursion in die Ölmühle: Gastgeber Dr. Raß (1. v. r.), Minister Uhlenberg (2. v. r.), Gerd Kattenstroth (AbL, 2. v. l.), Klaus Brunsmeier (BUND, 3. v. l.), Vincent Thuneke (Bioland, 6. v. l.).

## NPD mit Gentechnik auf Bauernfang

In ländlichen Regionen sind Informationsveranstaltungen zu Risiken der Gentechnik oft gut besucht. Das hat inzwischen auch die NPD festgestellt und versucht, interessierte Bürger/-innen in ihre Propagandaveranstaltungen zu locken. Wie die *Ostseezeitung (OZ)* berichtete, wurden erst kürzlich die agrarpolitischen Sprecher der Schweriner Landtagsfraktionen zu einer solchen Veranstaltung mit dem Thema „Gentechnikfreie Regionen“ eingeladen. Zumindest einer der beiden einladenden Landwirte ist als NPD-Mitglied und Autor rechtsextremer Beiträge in der Wochenzeitschrift *Junge Freiheit (JF)* bekannt. *mn*

## BASF-Kartoffel muss warten

Die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora erhält aller Voraussicht in diesem Jahr keine Zulassung für den Anbau in der Europäischen Union. Grund sind Bedenken gegen die der Kartoffel mittels Gentechnik eingefügten Antibiotika-Resistenzen. Durch eine Übertragung der Resistenz auf Krankheitserreger könnten eine ganze Gruppe von Antibiotika ihre Wirkung verlieren.

Die europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit hatte die Kartoffel zuerst als unbedenklich eingestuft. Der Intervention verschiedener Umweltschutzverbände ist es zu verdanken, dass die Bedeutung der betroffenen Antibiotika für die Medizin nun erneut beurteilt werden. Für BASF geht es im Extremfall um ein Aus von Amflora. In jedem Fall wird ein Anbau in diesem extrem unwahrscheinlich.

Kurzes am Rande

## Neuer Mut und viele Pläne

Die AbL-Sachsen/Thüringen hält ihre Mitgliederversammlung ab

Das Jahr 2006 war ein schwieriges für den Landesverband der AbL in Sachsen und Thüringen. Die große Arbeitsbelastung auf den Höfen und die recht überschaubare Zahl an engagierten Mitgliedern beschränkten die Aktivitäten des Landesverbandes auf das Machbare. Dementsprechend gedämpft waren die Erwartungen im Vorfeld der Mitgliederversammlung am 10. Februar, die diesmal auf dem Ziegenhof von Doreen und Rolf Seim im sächsischen Lauterbach bei Stolpen stattfand. Doch da war dann von Untergangsstimmung keine Spur.



Rolf Seim erläutert seinen Ziegenbetrieb.

Foto: Moormann

Ganz im Gegenteil, Georg Janßens Bericht über die Arbeit und die Erfolge der Bundes-AbL sowie die zahlreichen und eifrig diskutierenden Anwesenden machten Mut und Lust auf mehr. Manch konfliktreiche Auseinandersetzung mit einigen LPG-Nachfolgern und die einseitige Ausrichtung ostdeutscher Agrarpolitik auf die Agrargroßbetriebe wurde in der Runde thematisiert. „Wir müssen als Landesverband mehr Gesicht zeigen, offensiver agieren und uns als bäuerliche Landwirte noch mehr vernetzen“, so Jörg Klemm nach seiner Wiederwahl als AbL-Landesvorsitzender. „Ich träume von vielen kleinen Regionalgruppen, die sich austauschen und gegenseitig weiterhelfen. Genau deshalb haben wir auch in diesem Jahr die AbL-

Mitglieder aus Sachsen-Anhalt wieder zu unserer Mitgliederversammlung eingeladen.“ Dass die Strukturen in der ostdeutschen Landwirtschaft dies nicht immer einfach machen, weiß der Erzgebirgler. „Im Moment rüsten wir uns tot, ich kenne keinen funktionierenden Maschinenring im Umkreis, jeder Landwirt kocht sein eigenes Süppchen.“

Umso erfreuter war Klemm über die Gesprächsfreude in seinen Reihen. Die Anwesenden gierten förmlich danach, sich mit ihren Berufskollegen austauschen zu können. Auslöser hierfür waren sicherlich die beeindruckenden Ausführungen von Rolf Seim zur Praxis der Ziegenhaltung, der hofeigenen Milchverarbeitung und zur Direktvermarktung während des Hofrundganges.

Gewählt wurde auch. So wurden für die nächsten zwei Jahre Jörg Klemm und Agnes Mocha als Landesvorsitzende in ihren Ämtern bestätigt, ebenso Christoph Moormann als Kassenwart und Schriftführer. Neu in den Vorstand gewählt wurden Albrecht Richter aus Schöntheichen in der Lausitz und Heike Lehmann aus Dresden (siehe Foto).

Damit können nun die engagierten Pläne des Landesverbandes auf mehreren Schultern verteilt werden. Wohin es 2007 außerdem gehen soll, machte Agnes Mocha noch einmal deutlich. Sie warb neben einer aktiveren Pressearbeit für eine stärkere Einbindung des „Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Sachsen“. Dem Verbraucher müsse der Wert bäuerlicher und damit auch einer gentechnikfreien Landwirtschaft deutlicher vermittelt werden. Die nächste Veranstaltung des „ach so kleinen“ Landesverbandes ist schon geplant: ein Bauernschmaus im Herbst – wenn die Tage wieder kürzer werden.

*Andrea Schubert (Dresden)*

*Kontakt zum Landesverband siehe S. 23.*



Der neue Landesvorstand Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt (von links): Jörg Klemm (Lichtenberg), Heike Lehmann (Dresden), Albrecht Richter (Schöntheichen), Agnes Mocha (Bertsdorf-Hörnitz), Christoph Moormann (Dresden) und Bundesgeschäftsführer Georg Janßen.

Foto: Schubert



Auf der BioFach, seit vier Jahren das erste Mal wieder, Glitzer und Glamour der Szene haben sich im besten Licht gezeigt. Wow – geht's uns gut seit dem Bio-Boom! Irgendwie wirkten die meisten Besucher/-innen relativ underdressed den Aussteller/-innen gegenüber. Sind ja auch in der Mehrzahl (kleine) Ladner/-innen und/oder Bäuer/-innen gewesen, kein Wunder also. Das hatte den Vorteil, dass man recht schnell erkannte, wer neben einem steht.

Zugegeben, wir sind ja schon eher „basic“ oder erdverbunden oder wie man das nennt, wenn man die Knollen noch selbst und von Hand aus der Erde pult. Und die Kundschaft höchstpersönlich am Telefon über die Vorteile saisonalen Gemüses, möglichst aus eigener Ernte, informiert. Rezepte gratis dazu. Ja, das wär's dann bitte. Dankeschön, und

Wiederhören bis nächste Woche. Bei uns macht halt Kleinvieh den Mist – anderswo der Teufel auf den größten Haufen. Nein, frustriert sind wir nicht! Und Spaß macht's uns (meistens) auch! Aber es dürfte manchmal auch gerne ein bisschen mehr sein. Nur so ein kleines winziges bisschen. Vielleicht so, dass wir einfach mal guten Gewissens ein paar Tage Urlaub machen könnten, ohne dass uns unterstellt wird, wir müssten es aber dicke haben, dass wir uns Betriebsurlaub leisten können. Dabei können wir uns gerade eines gar nicht mehr leisten: dauernd Durchackern!

Die Vermutung liegt nah, dass wir irgendwas falsch machen. Aber was? Seit Jahren haben wir uns in allen mög-

lichen und unmöglichen Bereichen zu Halbspezialisten qualifiziert – egal, ob es um Steuerfragen, Bodenbearbeitung, HTML, HACCP, DIN ISO 900X oder Kinderwickeln ging. Uns macht so schnell keiner was vor.

Vielleicht lässt das Controlling zu wünschen übrig? Mag sein – die Buchhaltung macht sich nicht immer von alleine und manchmal sind Plätzchenbacken oder Lämmchenstreicheln einfach wichtiger. Im Moment jedenfalls.

Wahrscheinlich haben wir schon im Ansatz die ungünstigere Richtung gewählt. Mist, dass wir da nicht früher drauf gekommen sind: Es wäre doch viel weniger Risiko dabei, die Waren günstig vom günstigsten Anbieter zu kaufen und dann in großen Mengen un-

ters Volk zu bringen. Dann müssten wir nur noch unsere EAN-codierten Kisten, Artikel und Kunden abscannen und alles wäre paletti. No risk, no fun.

Eben – der Spaß an der Freude über die vielen bunten Beete vor dem Haus würde fehlen. Die Streifen von Blumen zwischen den Salaten und die netten, in den Beeten stehenden und hackenden Gärtner/-innen auch. Die Kinder würden aus dem Fenster in eine monotone Weizen-Weizen-Zuckerrüben-Landschaft blicken, statt dem Papa beim Ernten und Rinderfüttern zu helfen.

Ja, es geht uns doch echt gut!

Und unser Anteil am Bio-Boom ist ja so gering auch wieder nicht. Schließlich durften wir zum Nobel-Partyservice auch die Zutaten für die Alnatura-Neueröffnungsfeier in der Stadt (neben den 3 Tegut-Läden, einem Bio-Supermarkt und den paar übergebliebenen kleinen Bioläden für 120.000 Einwohner) liefern. Das muss eine Weile vorhalten.

Grüße an Florian S. in Berlin, Antje K. in Brüssel, Jürgen und Maria H. in Obbrigheim und die vielen anderen, die unser Leben über Artikel in dieser Zeitung verfolgen.

Katrin Schlick

## Durchackern zum Boom



Foto: Mühlhausen



### Betriebsspiegel

Bio-Lieferservice Lotta Karotta im Raum Göttingen, 220 Lieferungen pro Woche, 3 Gesellschafter/-innen, 6 Angestellte (Fahrer, Packerinnen) in Teilzeit. Schwerpunkt frisches Obst und Gemüse: Belieferung durch 2 eigene Gärtnereien fürs Frischgemüse und ca. 15 regionale Lieferant(innen)en (Gemüse, Kartoffeln, Obst, Brot, Käse, Wurst, Eier, Molkereiprodukte u. a.) sowie Naturkostgrundsortiment. [www.lotta-karotta.de](http://www.lotta-karotta.de)

## Kyrill

Kyrill Du warst uns angekündigt  
wen strafst Du hier, wer hat gesündigt!  
Hat der Mensch zu kurz gedacht,  
hatte der Mammon zu viel Macht?

All die hochgeschossenen Fichten,  
welchen Sinn solln sie verrichten?  
Der Käferkahlschlag tat es lichten,  
der Monokulturelles neu zu richten.

Kyrill die Bäume vor Dir niederfallen  
ihr Bersten schauernd sich zu Tale  
schallen.  
Vom reichen Regen ist Mütters Boden  
ganz weich,  
es taumelt Tellergeich im morasten  
Teich.

Der Schwerpunkt unten, er war zu  
hoch zum Loben  
der Teller flach, der steht jetzt oben.

Ein großes Fichtenmikado ganz bizarr,  
spiel mit Bedacht und sei kein Narr.

Wir sind nur die kleinen Spieler,  
vergessen dürfen nie, die mächtige  
Spannung vieler,  
und sägen mit Ehrfurcht und ganz  
sacht  
sonst zeigt der Wald uns seine Macht.

Dumpf die Wurzelteller fallen  
durch gequälte Hänge hallen.

Kyrill Du legst uns eine neue Spur,  
zu folgen brauchen wir ihr nur  
und lassen einfach mehr Natur.

Dann können alle wieder träumen  
von wirklich starken Bäumen.

Albrecht Everhard Burgmer

## BioFach – Die Branche professionalisiert sich

Die Zeiten der Direktvermarkter sind vorbei. Das Kundeninteresse an den Produktionsbedingungen ist begrenzt. Die Produkte müssen nicht aus Deutschland stammen, wenn Preis und Qualität stimmen.

### Erweitertes Bioangebot bei Penny

Penny will im Laufe dieses Jahres 90 Artikel aus dem Biobereich anbieten. Vertrieben werden sollen die Bioprodukte unter der Eigenmarke „Naturgut“. Bisher waren bei dem Discounter nur einzelne Bioprodukte im Angebot. Der Discounter Penny, eine Tochter der Rewe, verfügt in Deutschland über 2.000 Märkte mit durchschnittlich je 800 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche. *pm*

### Regionalität im Supermarkt

Mit Eigenmarken bilden Supermärkte ihr eigenes Profil. Manchmal ist das auch mit einem Gewinn für die Landwirte verbunden. Die schweizerische COOP bietet in Zukunft unter der Eigenmarke „Pro Montagna“ Produkte von Bergbauern, teilweise auch in Bio-Qualität, an. Eingeführt wird die Marke mit zuerst 23 Artikeln, soll aber bis Ende des Jahres auf ca. 50 Artikel erweitert werden.

Wenn man die Entwicklung einer Branche an der Zahl der Schlipse und Anzugträger messen könnte, dann sollte man sich um den Biomarkt keine Sorgen machen. Die BioFach in Nürnberg ist schon lange nicht mehr der Treffpunkt von Direktvermarktern. Allenfalls bei Wein, der dieses Jahr in einer eigenen Halle präsentiert wurde, findet man noch Winzer, die ihr eigenes Produkt präsentieren. Ansonsten sind es vornehmlich Verarbeiter und Händler, deren Produkte ausgestellt sind.

Verwundern kann das nicht, denn der Biomarkt hat Dimensionen erreicht, bei denen Direktvermarktung als Nische für den Einzelbetrieb zwar noch eine sinnvolle Variante darstellen kann. Der Großteil der Bioprodukte wird aber über den Fachhandel, über (Bio-)Supermärkte und Discounter abgesetzt. Ökologisch hat diese Entwicklung, die Produkte näher zum Kunden zu bringen, durchaus Vorteile. Vor allem weil viele der heutigen Bio-Kunden überhaupt nicht in den, wenn auch professionell geführten, Vollsortiment-Hofladen fahren würden.

Die Biokunden als einheitliche Personengruppe gibt es nicht mehr. Auch das Interesse an ökologischer, nachhaltiger Landwirtschaft steht nicht mehr im Vordergrund. Schon gar nicht, wenn man dafür Einschränkungen bei Qualität und Geschmack hinnehmen müsste.

Die von den Marketingunternehmen ausgemachten Biokunden der Zukunft sind die LOHAS (Lifestyle of health and sustainability), die ca. 30 Prozent der Verbraucher ausmachen. Zur Gruppe der Lohas, die keinen klaren Abgrenzungen folgt, zählen Personen die sich fit halten und gesund ernähren, die gut verdienen und Spaß haben wollen. Lohas haben ein Empfinden für soziale und ökologische Ungerechtigkeiten und wollen mit ihrem (Kauf-)Verhalten in eine andere Richtung steuern. Dabei werden die einzelnen Interessen gegeneinander abgewogen.

Beim Kauf von Bioprodukten stehen, so ein Vertreter einer Marketing-Agentur, Geschmack und Gesundheit im Vordergrund. Erst an dritter Stelle kommen Kriterien wie ökologisch produziert oder fair gehandelt. Während die Marketing-Agenturen klare Visionen haben, wie sich das Verhältnis Vermarkter-Kunde in Zukunft entwickeln muss, um den Absatz weiter ansteigen zu lassen, bleibt die Seite der Produktion völlig unbeachtet. Sie muss vor

allem sicherstellen, dass die Rohstoffe zur Verfügung stehen. Genau hier aber sehen viele Produzenten die Grundgedanken des ökologischen Landbaus in Gefahr.

Durch die zunehmende Anonymisierung könnten Bioprodukte in einem ähnlich unübersichtlichen Massenmarkt enden, wie dies heute schon bei konventionellen Lebensmitteln der Fall ist. Die wachsende Nachfrage und die geringere Ernte des ver-

destandard garantiert, versuchen die deutschen Anbauverbände ihre Siegel als Premium-Marken zu etablieren. Erhöhte Sicherheit durch strengere Kriterien und mehr Transparenz. Aber auch diese Verbände stehen im Wettbewerb und müssen ihren Kunden die verlangte Ware liefern, wenn sie nicht von anderen Produzenten verdrängt werden wollen. Und so handelt die Bio-Markt GmbH auch Waren mit EU-

Biosiegel, wenn die Nachfrage aus der „eigenen“ Produktion nicht zu decken ist. Auch wird darüber nachgedacht die Richtlinien dahingehend zu ändern, dass ausländische Ware vor allem aus Frankreich und den Niederlanden vermarktet werden kann. Dass auch Bioland, als Verband, der sich traditionell auf Deutschland konzentrierte, auf ausländische Ware zurückgreift, zeigt mit welcher Geschwindigkeit sich die Märkte entwickeln und wie hart um dessen Anteile gekämpft wird.

### Risk-Management

Bio ist ein Markt, in dem Geld zu verdienen ist. Auf der BioFach sind viele Vertreter anzutreffen, denen man auf den ersten Blick ansieht, dass sie nicht ihrer Überzeugung wegen nach Nürnberg gekommen sind. Neben den vielen Händlern, Einkäufern und Marketingfachleuten sind ganz neue Dienstleister vor Ort, auf deren Angebot man fast lieber nicht angewiesen sein möchte. Nette eloquente Herren im gut sitzenden Anzug, für die vieles auf dieser Messe neu sein dürfte.

Und doch ist es kein Wunder, dass die Berater für Risk-Management im Biomarkt nach Kunden suchen. Hohe Nachfrage, begrenztes Angebot und lukrative Preise sind eine Mischung, die es interessant machen, mal ein paar konventionelle Schweine über den Bionachbarn zu vermarkten oder die Möhren, die der Discount über Nacht bestellt und die nirgends zu bekommen sind, mit einem Griff ins konventionelle Kühlhaus zu generieren. Bis jetzt kam es zu keinen größeren Skandalen. Zu hoffen ist, dass dies auch weiterhin so bleibt.

Eine besondere Verantwortung kommt den deutschen Anbauverbänden zu. Sie vertreten die Mehrzahl der heimischen Biobauern.

Neben der Absicherung der Verbandszeichen gegen den Missbrauch durch Betrüger gilt es auch, die eigenen Werte ob eines boomenden Marktes nicht zu verraten und damit das Ziel Premium-Bio nicht aus den Augen zu verlieren.



Auch optisch eine Veränderung. Lange Bärte und Ökolatschen sucht man vergebens. Foto: MesseNürnberg

gangenen Jahres lassen Importen eine immer größere Rolle zukommen. Während Brasilien und Argentinien schon seit einigen Jahren für ihre Bioprodukte bekannt sind, entwickeln sich vor allem in Asien ganz neue Produzenten. Indien hat auf der BioFach bekannt gegeben, in den nächsten zehn Jahren zum weltgrößten Produzenten von ökologisch angebauten Lebensmitteln werden zu wollen. Dass dies nicht die Phantasie einzelner ist zeigt die Erhebung der Ökoproduktion in Indien und China zum Staatsziel. Die beiden Länder profitieren von ihrer gewaltigen Ausdehnung gleich über mehrere Klimazonen hinweg. Warten muss man auf Bio aus Fernost nicht, in diesem Jahr gibt es zum ersten Mal chinesische Biokartoffeln.

Die Globalisierung hat bei den Bioprodukten Einzug gehalten. Und damit kommen in Zukunft auch verstärkt unterschiedliche Qualitäten auf den Markt. Während das EU-Ökosiegel einen Min-

# Gentechnikfreie Landwirtschaft. Für alle.

Gentechnik ist und bleibt im ökologischen Landbau verboten – ohne wenn und aber

Zurzeit wird in Brüssel über die Neufassung der EU-Verordnung für biologische Erzeugung diskutiert. Die Bio-Verordnung wird weiterhin einen sinnvollen Rahmen für die biologische Produktion in der EU setzen – vorausgesetzt, der Agrarministerrat bessert den im Dezember gefundenen Kompromiss an einigen Punkten nach und der Verordnung folgen vernünftige Durchführungsbestimmungen. Wichtig ist, dass die Anbauverbände weiterhin strengere Standards setzen können und mit diesen auch werben dürfen. Die Anwendung von Gentechnik, darin sind sich alle einig, bleibt im Biolandbau weiter verboten.

Im Hinblick auf die mögliche Kontamination von Bioprodukten durch Gentechnik wird jetzt diskutiert, ob es in der Bio-Verordnung künftig einen speziellen Kennzeichnungsschwellenwert für zufällige und technisch nicht zu vermeidende GVO-Kontaminationen geben soll. Ab diesem Wert müssten mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) kontaminierte Erzeugnisse als solche gekennzeichnet werden. Diese könnten nicht mehr als Bio verkauft werden, obwohl es bei der Erzeugung keinerlei Anwendung von GVO gegeben hat. Verschiedene Verbände und Regionen fordern, in der Bio-Verordnung einen solchen Kennzeichnungsschwellenwert bei 0,1 % festzulegen. Ein Kennzeichnungsschwellenwert für zufällige und technisch nicht zu vermeidende Kontamination ist derzeit für konventionelle und biologische Produkte durch die EU Kennzeichnungsverordnung bei 0,9 % festgelegt.

## Kennzeichnungsregeln

In der neuen wie in der alten Bio-Verordnung ist die Verwendung von GVO oder Zutaten, die aus GVO hergestellt wurden, verboten. Wenn ein Produzent, Weiterverarbeiter oder Händler *absichtlich*, oder auch nur durch *Nachlässigkeit oder Unkenntnis* eine Kontamination von Produkten mit GVO herbeiführt, so verliert er seine Bio-Zulassung und das Bio-Produkt sein Bio-Etikett. Im konventionellen Landbau gibt es kein gesetzliches Verbot der Anwendung von GVO: Wenn Lebens- oder Futtermitteln absichtlich, durch Nachlässigkeit oder Unkenntnis GVO zugesetzt werden, müssen sie als GVO-haltig gekennzeichnet werden.

In beiden Fällen muss die Verunreinigung *nicht* im Produkt nachweisbar sein, es gilt

der Nachweis im Produktionsablauf (be-dauerlicherweise macht die EU Gesetzgebung derzeit eine Ausnahme bei Milch, Fleisch und Eiern).

Die Kennzeichnungsverordnung legt fest, dass alle Lebens- und Futtermittel ab einer GVO-Verschmutzung von 0,9 % als GVO-haltig gekennzeichnet werden müssen. Wenn ein Produkt GVO enthält, der GVO-Gehalt unter 0,9 % liegt und der Hersteller nicht kennzeichnen will, so schreibt die Kennzeichnungsverordnung vor, dass er nachweisen muss, dass die Kontamination „zufällig“ oder „technisch nicht zu vermeiden“ ist. „Zufällig“ wäre zum Beispiel Verunreinigung durch den Vogel, der beim Flug über ein Feld ein Gentech-Mais Korn fallen lässt. „Technisch nicht zu vermeiden“ ist ein umstrittener Begriff, der sich auf Ernte-, Lagerungs- und Verarbeitungs-



Foto: Archiv

prozesse bezieht: Fast jede Kontamination ist mit entsprechender Sorgfalt technisch vermeidbar. Die Gentechnikindustrie versucht, den Eindruck zu erwecken, eine Verschmutzung von 0,9 % sei minimal und müsste toleriert werden. Gesetzeslage ist jedoch: Sowohl für biologische als auch für konventionelle Produkte gilt weiterhin grundsätzlich GVO-Freiheit. Es gibt kein Recht auf Kontamination. Es gibt die gesetzliche Verpflichtung zum Schutz vor Kontamination. Der gesetzte Wert von 0,9 % dient lediglich der Information der Verbraucher in Ausnahmesituationen. Sobald ein Erzeugnis laut Kennzeichnungsverordnung als GVO-haltig gekennzeichnet werden muss, darf es nicht mehr als Bio bezeichnet werden.

## Gentechnikfreie Betriebe – konventionell und Bio

80 % der europäischen Bäuerinnen und Bauern wollen weiterhin ohne Gentechnik arbeiten, 5 % davon sind Biobetriebe. Viele konventionell und biologisch arbei-

tende Betriebe haben sich in gentechnikfreien Regionen zusammengeschlossen oder haben als Einzelbetrieb Verpflichtungserklärungen zum gentechnikfreien Anbau abgegeben. Konventionelle und biologische Bäuerinnen und Bauern müssen weiter an einem Strang ziehen. Unterschiedlich hohe Werte für „Gentechnikfreiheit“ auch als Kennzeichnungsschwelle zu setzen, würde diese Bewegung spalten. Die Forderung nach Schutz vor Kontamination muss unteilbar für alle Betriebe bestehen bleiben. Hinzu kommt, dass enorme Kosten bei einem niedrigeren Ausschluss-Kennzeichnungsschwellenwert für Biobäuerinnen und -bauern entstehen würden.

## Die Verschmutzer müssen haften

Bei einem Kennzeichnungsschwellenwert von 0,1 % bzw. an der Nachweisgrenze müssten praktisch alle Bioerzeugnisse vor dem Marktzugang auf GVO getestet werden. So lange nicht gesetzlich festgezurrt ist, dass die Verschmutzungsverursacher alle Kosten tragen, kämen bei der Setzung eines Bio-Kennzeichnungsschwellenwertes von 0,1 % daher auf den Bio-Sektor unabschätzbare Kosten zu: Analysekosten für teils mehrfach durchzuführende GVO-Nachweise, amtliche Probeziehungen usw. Schon jetzt haben viele Betriebe hohe Zusatzkosten für den Nachweis der GVO-Freiheit ihrer Produkte. Ein Extra-Schwellenwert würde für die Biobetriebe einen unkalkulierbaren Kostenanstieg bedeuten. Es muss also schnellstens ein Haftungsrecht her, dass diese Kosten bei den GVO-Verschmutzern in Rechnung stellt.

## Fazit

Damit Gentechnikfreiheit in der konventionellen und der biologischen Landwirtschaft weiterhin gesichert werden kann, sind sauberes Saatgut, strikte Haftungsregeln, Mindestabstände für Feldkulturen sowie die zwingende Kennzeichnung von Milch, Fleisch und Eiern von Tieren, die mit GVO gefüttert wurden, dringend notwendig. Um diese Ziele zu erreichen ist es wichtig, dass sich die Bewegung einig ist. Den Kampf für die Fortführung der gentechnikfreien Landwirtschaft können wir nur gemeinsam gewinnen.

Antje Kölling,  
Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf

## Für eine Kennzeichnung

Über 1.000.000 Europäer fordern eine Kennzeichnung von tierischen Lebensmitteln, wenn bei ihrer Produktion gentechnisch veränderte Futtermittel verwendet wurden. Greenpeace übergab die Unterschriften Anfang Februar dem zuständigen EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Markos Kyprianou in Brüssel.

Die EU-Kommission wird aufgefordert, die heimliche Verwendung von gentechnischen Produkten, insbesondere Futtermitteln, durch eine transparente Kennzeichnung auch von tierischen Produkten zu unterbinden. Nach Angaben von Greenpeace sind 90 Prozent der in die EU importierten Gentec-Pflanzen für Tierfutter bestimmter Mais und Soja. Jedes Jahr gelangen so 20 Mio. Tonnen gv-Futtermittel in die Nahrungskette, ohne dass die Verbraucher darüber informiert werden. mn

## Anbaukarte im Internet

Die Standorte des geplanten Genmaisbaus 2007 sind auf einer Karte im Internet zu finden. Greenpeace hat wie schon in den vergangenen Jahren die Einträge aus dem Standortregister in eine Karte übertragen. Auf der Seite [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de) unter Themen/Gentechnik/Anbau ist die Karte mit Detailinformationen zu finden. mn

Er ist derzeit der meist gefragte Agrarwissenschaftler in deutschen Landen, auf jeden Fall, wenn es um die Frage geht, ob die Milchquote in acht Jahren abgeschafft oder doch weiter fortgeführt werden soll. Es geht um Prof. Dr. Folkhard Isermeyer, Leiter des Instituts für Betriebswirtschaft an der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL). Mit einigen Kollegen der FAL hat er Ende letzten Jahres eine Studie vorgelegt, die verschiedene Optionen der EU-Milchmarktpolitik analysiert und bewertet. Es ist die einzige Studie dazu in Deutschland. Deshalb und auch, weil er auch noch ein guter Redner ist, ist Prof. Isermeyer Gastreferent auf vielen Veranstaltungen in diesem Winter. Zudem ist er auch für das Bundesministerium für Landwirtschaft (BMELV) ein bedeutender Politikberater. Alles Grund genug, mehr über seine Analysen und Schlussfolgerungen zu erfahren.



## Quote passt nicht zur Export-Strategie

Prof. Isermeyer hält nichts von der Quote. Wenn sie den Preis stützen soll, müsste sie kräftig gekürzt werden. Wachstumsbetriebe und Molkereien wären die Verlierer

Um es vorweg zu sagen – Isermeyer hat eine klare Botschaft: Er empfiehlt der Politik, möglichst schnell zu beschließen, dass die Milchquote in der EU mit dem März 2015 abgeschafft wird. Er erwartet mit dem Ausstieg in acht Jahren langfristig mehr Vorteile für den gesamten Milchsektor in Deutschland als bei einer Fortführung einer Quotenregelung, wobei er die Vorteile eindeutig bei den „Wachstumsbetrieben“ sieht und das auch offen so benennt.

### Drei Optionen

Isermeyer vergleicht drei Optionen miteinander:

1. Fortführung der Quotenregelung ohne Änderungen;
2. Fortführung der Quotenregelung mit einer starken Kürzung der Quote um wenigstens 15 Prozent;
3. Abschaffung der Quote im Jahr 2015 und Einführung von (finanziellen) Begleitmaßnahmen (siehe Seite 13).

Die erste Option erwähnt der Wissenschaftler nur noch der Vollständigkeit halber; eigentlich hält er sie für die schlechteste aller denkbaren Varianten. Denn sie verhindere nicht, dass der Erzeugerpreis in der EU weiter sinken werde, „und zwar unter Umständen bis knapp oberhalb des Weltmarktpreises“, während gleichzeitig die Quotenkosten für die Betriebe bestehen blieben. Außerdem würde die Politik dann – je nach Marktlage – mit Verschärfungen oder Lockerungen der Quotenregelung reagieren, was für die Betriebsleiter viel Politikunsicherheit mit sich bringt.

### Option Kürzung

Wenn die Quote weiterhin Bestand haben soll, dann macht das aus Isermeyers Sicht nur Sinn, wenn die Quote drastisch gekürzt wird, damit durch die Begrenzung der Menge auch tatsächlich



Prof. Dr. F. Isermeyer

Foto: Jasper

ein positiver Effekt auf den Erzeugerpreis erreicht werden kann. Er nennt dabei als untere Grenze 15 Prozent Kürzung der Quote. Begründet wird diese hohe Kürzung durch folgende Argumentationskette:

In der EU wird weit mehr Milch erzeugt als verbraucht wird. Etwa 9 Prozent der von den Molkereien erfassten Milch wird auf Drittlandsmärkte, also außerhalb der EU, exportiert, und zwar mit Unterstützung durch EU-Exportsubventionen. Mit diesen Exporterstattungen wird die Differenz zwischen höherem EU-Preisniveau und niedrigerem Preisniveau in den Zielländern ausgeglichen.

### Rolle der Subventionen

Die Exporterstattungen der EU werden nicht mehr lange zu halten sein. Die EU hat in den laufenden WTO-Verhandlungen die Abschaffung bis zum Jahr 2013 bereits angeboten. Selbst wenn ein neues WTO-Abkommen nicht zustande kommen würde, würden diese Gelder durch Klagen vor der WTO oder in bilateralen Abkommen in Frage gestellt.

Nun trifft Isermeyer eine folgenreiche Schlussfolgerung: Wenn die Exportsubventionen wegfallen, können die bisher mit ihrer Hilfe ausgeführten Milchprodukte nicht mehr aus der EU ausgeführt werden, sondern müssen im Binnenmarkt untergebracht werden – sie drücken auf den Binnenmarkt. Modellrechnungen würden darauf hindeuten, dass ein Prozent Mengenzuwachs eine Preissenkung von 3 Prozent auslöst. Aus 9 Prozent zusätzlicher Menge droht demnach also eine Preissenkung von 27 Prozent. Aus einem Preis von heute rund 28 Cent werden dann 21 Cent.

Also müssen die 9 Prozent, die bisher aus der EU in den subventionierten Export gehen, nach Wegfall der Subventionen durch Quotenkürzung vom Markt genommen werden, wenn der Preis nicht einbrechen soll.

### 9 + 10 - 4 = 15

Zu den 9 Prozent Exportmenge zählt Isermeyer dann noch die 10 Prozent der Milchmenge hinzu, die bisher innerhalb der EU mit Hilfe von internen Verwendungsbeihilfen z. B. an die Speiseeis-, Backwaren- oder Futtermittel-

telindustrie abgesetzt werden. Auch diese Beihilfen stehen politisch unter Druck, denn auch sie verzerren international den Wettbewerb. Isermeyer rechnet damit, dass auch diese EU-Beihilfen auf absehbare Zeit wegfallen. Dann würde die Eis-, Backwaren- oder Futtermittelindustrie auf pflanzliche Erzeugnisse umsteigen, zumindest wenn der Milchpreis nicht sinkt, davon geht Isermeyer aus.

Insgesamt würde der Wegfall der Export- und der Binnenbeihilfen zu einem Mehr an Menge auf dem Binnenmarkt von 19 Prozent führen. Weil aber auch der ungestützte Verbrauch von Milchprodukten im Jahr in der EU mit einem halben Prozent steigt, ergibt sich in den noch verbleibenden acht Jahren bis 2015 ein Mehrverbrauch von 4 Prozent. 19 minus 4 macht 15. Um 15 Prozent muss also die Quoten-Menge runter, wenn der Milchpreis für die Bauern nicht sinken soll. So kommt diese Zahl zustande, erläutert Prof. Isermeyer auf den Veranstaltungen (mehr dazu auf Seite 13).

Wenn die Quote um weniger als 15 Prozent gekürzt werden würde, ließe sich das Ziel, den Milchpreis mit der Quote zu stützen, nicht erreichen, sagt Isermeyer.

### Faktor Zölle

Nach den Subventionen folgt dann in der Argumentation das Kapitel Außenschutz: Wenn durch eine kräftige Quotenkürzung die Milchpreise in der EU angehoben werden, wird der EU-Markt

## Option Abschaffung

Staatliche Begleitmaßnahmen sollen Wachstum fördern

Nach der Analyse der beiden Optionen mit Fortsetzung einer Quotenregelung (siehe S. 12) widmet sich Prof. Isermeyer ganz der von ihm favorisierten Quoten-Abschaffung im Jahr 2015. Die Milchpreise würden dann zwar „spätestens ab 2011“ unter das Niveau der Option Quotenkürzung sinken. Doch würden „diese Nachteile“ im weiteren Zeitablauf geringer, weil sich die Preissteigerungen nach Quotenkürzung lange halten würden. Für Wachstumsbetriebe würde sich „eine gewisse Linderung der Einkommensnachteile“ ergeben, weil die Quotenkosten deutlich sinken würden. Mit diesem Effekt rechnet Isermeyer unmittelbar, nachdem der Ausstieg beschlossen würde. Vor allem aber spricht sich Isermeyer von einem Ausstiegsbeschluss und einem Ende der noch verbliebenen Intervention, dass die Politik dann zusätzliche Steuergelder in die Hand nehmen könnte, um „Begleitmaßnahmen“ zu bezahlen. Dabei denkt der Wissenschaftler an einen Aufschlag auf die Direktzahlungen speziell für Milcherzeuger (entsprechend der Quotenmenge). Auch an die zweite Säule der Agrarpolitik denkt er, mit deren Hilfe solche Milcherzeuger in den Hauptproduktionsregionen unterstützt werden sollen, etwa durch Investitionsbeihilfen, aber auch durch Ausgleichszulage und Agrarumweltmaßnahmen. Wohl gemerkt, er denkt weniger an die Regionen, wo die Milch bei weiter sinkenden Preisen ganz abwandern wird.

Isermeyer geht davon aus, dass so oder so in den nächsten 10 Jahren 40 Prozent der Milchviehbetriebe aufgeben. Weil die meisten Milchbauern in Süddeutschland ihren Hof haben, trifft es den Süden besonders: „Insbesondere in süddeutschen Regionen wird die Wettbewerbsfähigkeit der Milchwirtschaft jedoch durch die kleinbetriebliche Struktur beeinträchtigt. Hier hängt die künftige Wettbewerbsfähigkeit davon ab, ob hinreichend viele Milchviehbetriebe kräftig investieren und auf diese Weise ein stabiles Grundgerüst für eine regionale Milchwirtschaft schaffen.“ Isermeyers Fazit: Die Option Quoten-Abschaffung „ist am besten geeignet, um den deutschen Milchsektor so weiterzuentwickeln, dass er sich bei fortschreitender Liberalisierung der Agrarhandelspolitik erfolgreich im internationalen Wettbewerb behaupten kann. *uj*



Bitte kräftig investieren, damit Molkereien exportieren können.

Foto: Jasper

Fortsetzung von Seite 12 ►

für ausländische Anbieter umso interessanter. Heute gibt es zwar einen hohen Außenschutz (Zölle) für Milchprodukte, der laut Isermeyer zusammen genommen einen Milchpreis in der EU von zur Zeit 37,7 Cent je Kilo absichern könnte. Aber ähnlich wie bei den Exportsubventionen stehen auch die Zölle bei den WTO-Verhandlungen unter Druck. Isermeyer zitiert den Verhandlungsvorschlag der USA, der für die EU ein Absinken des Zollschutzes auf bis zu 25,5 Cent/kg (im Jahr 2013) bewirken würde. Wenn also der Außenschutz sinkt, fehlen den potentiellen Lieferanten von Milchprodukten aus anderen Teilen der Welt die Schranken, um von den hohen Milchpreisen der EU zu profitieren, die durch eine Quotenkürzung erreicht werden sollten. Das Mengenproblem wächst also wieder, folglich müsste noch mehr Quote

gekürzt werden, um den EU-Preis zu halten – mit ungewissem Erfolg. Auffällig ist übrigens, dass Isermeyer in einem neuen Papier vor allem Molkereien aus den ärmsten Entwicklungsländern als die Profiteure eines hohen EU-Preisniveaus ausmacht, denn sie können schon heute zollfrei in die EU liefern: „Zwar produzieren diese Länder bisher keine Milchprodukte für die EU, doch würde dies bei hohen Preisdifferenzen lukrativ werden.“

### Wer profitiert?

Trotz aller Bedenken für die weitere Zukunft sieht Isermeyer die Milchbauern zunächst als Gewinner der Option Quotenkürzung: „Eine Verknappung der Quoten führt EU-weit zu einem deutlichen Anstieg der Milchpreise.“ Dann steigen zwar auch die Quotenpreise, „für die Einkommensentwicklung der Betriebe ist jedoch der Quotenpreiseffekt kurz- und mittelfristig

## Exportsubvention überschätzt

Annahmen der Wissenschaft fraglich

Bei der Beurteilung der Aussagen, die Prof. Isermeyer und das entsprechende Gutachten der FAL treffen, ist Vorsicht geboten. Seine Einschätzung der zukünftigen Marktentwicklung steht und fällt mit der Einschätzung, dass der Wegfall der Exportsubventionen zu einem kräftigen Mengendruck innerhalb der EU führen wird, in deren Folge der Milchpreis um bis zu 27 Prozent, also im Extrem bis auf 21 Cent je Kilo Milch fallen wird. Dabei geht Isermeyer davon aus, dass die gesamte Milchmenge, die derzeit mit Hilfe von Exportsubventionen in den Export geht, auf den EU-Markt drücken wird, wenn die Exportsubventionen fallen. 9 Prozent der Milchmenge geht, verarbeitet zu Molkereiprodukten, Rohstoffen oder auch als Bestandteil von Schokoriegeln, mit Hilfe von „Ausfuhrerstattungen“ in den Export. Wenn diese Menge in der

EU bleiben müsste, würde der Preis sinken – nach der Formel 1 Prozent Mengensteigerung bringt 3 Prozent Preis-senkung eben um 27 Prozent, also von rund 28 auf 21 Cent/kg Milch.

### Nachrechnen lohnt

Hier lohnt sich das Nachrechnen. Für Exportsubventionen für Milchprodukte hat die EU im Jahr 2005 1,2 Mrd. Euro ausgegeben, 2004 waren es 1,5 Mrd., für 2006 waren 840 Mio. Euro angesetzt. Man kann also von 850 bis 1.200 Mio. Euro ausgehen. Wenn man das Geld nur auf die exportierte Milchmenge verteilt, ergibt sich eine Exportsubventionierung von 7 bis 10 Cent/kg.

Wenn die Exportsubventionen wegfallen, dann müsste der Molkereiwirtschaft aus anderer Quelle eine Summe zur Verfügung gestellt werden, um die gleichen Exporte vornehmen zu können, also ein Betrag von 850 bis 1.200 Mio. Euro.

Wenn dieser Betrag den Molkereien hereingespült werden soll über eine Absenkung ihres Rohstoffpreises, also des Milcherzeugerpreises, dann müsste dieser Betrag umgelegt werden auf die gesamte Milchmenge der EU. Die beträgt, wenn man nur die Anlieferungen an die Molkereien heranzieht, knapp 140 Mio. Tonnen in der EU 25. Auf diese Menge umgelegt, machen die 850 Mio. Euro Exportsubventionen 0,6 Cent je Kilo aus, bei 1.200 Mio. Euro sind es knapp 0,9 Cent je Kilo. In Prozent wäre das eine Preissenkung um rund 3 Prozent. *uj*

weniger bedeutsam als der Milchpreiseffekt“, schreibt er. Die durchschnittlichen Einkommen der Milchviehalter würden zunächst deutlich steigen. Doch schon bald würden sich die Einkommenspolitischen Vorteile durch den zu erwartenden Außenschutzabbau erheblich relativieren, glaubt Isermeyer.

Als klare Gewinner der Option Quotenkürzung macht Isermeyer vor allem die Betriebe aus, die in den nächsten 10 Jahren ihre Milchproduktion aufgeben. Für die sei die Option „zweifelloso vorteilhaft“. Es sei daher auch nicht verwunderlich, wenn sich diese Gruppe von Betrieben – „immerhin knapp die Hälfte aller Milchviehbetriebe“ – einmütig für den Erhalt des Quotensystems ausspreche, formuliert der Wissenschaftler.

Dagegen sieht er für die Wachstumsbetriebe schnell den Punkt kommen, wo die Nachteile die Vorteile überwiegen:

„Als erstes werden die Wachstumsbetriebe die Nachteile dieser Strategie wirtschaftlich zu spüren bekommen, weil sie besonders unter den hohen Quotenpreisen, der Behinderung des Quotentransfers und den negativen Spätfolgen dieser Politikoption leiden“, schreibt er.

Noch einen Verlierer sieht er: „Sehr ungünstig wirkt sich die drastische Quotenkürzung auch auf die Wettbewerbsfähigkeit der Molkereiwirtschaft aus.“ Es müssten Kapazitäten und Arbeitsplätze abgebaut werden. Zum anderen werde die Wettbewerbsposition auf Drittlandsmärkten „durch die hohen Rohstoffkosten stark beeinträchtigt, so dass sich Investitionen in diese Exportmärkte kaum lohnen.“ Dagegen sei gefordert: „Profilbildung dort, wo die eigenen Stärken liegen, und Eingliederung in den internationalen Wettbewerb nach Maßgabe der komparativen Vorteile.“ *uj*

## Zucker aus GV-Zuckerrübe

In den USA sollen im kommenden Jahr auf ca. 500.000 ha gentechnisch veränderte Zuckerrüben angebaut werden. Das teilte der Vize-Präsident der US-amerikanischen Bäcker-Vereinigung, Lee Sanders mit. Die Bäckervereinigung hatte sich in der Vergangenheit erfolgreich gegen den Einsatz gentechnisch veränderten Weizens eingesetzt. Dass dem aktuellen Fall der Zuckerrüben im Vergleich zu der Einführung von Gen-Weizen eher geringe Aufmerksamkeit beigemessen wird erklärt der Vize-Präsident sich mit der deutlich geringeren Anbaufläche. 500.000 ha Zuckerrüben stehen 24 Mio. ha Weizen gegenüber. *mn*

## Aus für US-Reis

Als Reaktion auf die im letzten Jahr aufgedeckte Kontamination von US-Reis mit der nicht zugelassenen gv-Varietät LL601 haben jetzt 41 der weltgrößten Reisexporteure, -verarbeiter, und -händler der Gentechnik eine Absage erteilt. Unter ihnen auch der weltgrößte Reisverarbeiter „Ebro Puleva“. In Zukunft wird das Unternehmen keinen US-Reis mehr nutzen. Nach Bekanntwerden der Kontamination hatten Reisunternehmen an der Börse an einem Tag 150 Millionen US-Dollar an Wert verloren. Greenpeace hat in einem Bericht die wirtschaftlichen Folgen des Skandals und die Reaktionen der Unternehmen beleuchtet. *mn*

## „Pro Tier“ Förderpreis

Die Allianz für Tiere vergibt unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler in diesem Jahr erneut ihren Pro Tier-Förderpreis für artgerechte Nutztierhaltung. Besonderer Ausschreibungsschwerpunkt sind die gesellschaftlichen Leistungen und Wohlfahrtseffekte eines tier-, natur- und menschengerechten Umgangs mit den Tieren in der Landwirtschaft. Der Pro Tier-Förderpreis ist mit 10.000 Euro dotiert. Bewerbungen können sich landwirtschaftliche Betriebe (konventionell/ökologisch) oder auch Vereine/Initiativen. Die Bewerbungsfrist endet mit dem 31. Mai 2007.

Nähere Informationen unter: <http://www.allianz-fuer-tiere.de> *pm*

## Mega-Agrarfabrik strittig

Die niederländische Gemeinde Groesbeek muss sich mit dem Antrag der Tierschutzorganisation „Wakker Dier“ befassen, den größten holländischen Legehennenbetrieb mit 300.000 Tieren zu schließen. Das hat die staatliche Aufsichtsbehörde beschlossen, nachdem die Gemeinde dem Betrieb zuvor erneut eine Genehmigung erteilt hatte, die nach Ansicht der Tierschützer gegen die Umweltgesetze verstößt. *ah*

## Zoff um Schweinefutter

„Zoff um Schweinefutter“ gab es zwischen der Erzeugergemeinschaft EGO/Osnabrück einerseits und einer Anbietergemeinschaft von großen Mischfutterherstellern (Agravis, Bela, Bröring). Wie der *Ernährungsdienst* meldet, wollten die EGO-Bauern den geforderten Futterpreis nicht akzeptieren und hatten sich nach günstigeren Lieferanten umgeschaut. Daraufhin forderten die Kraftfutter-Konzerne die vorzeitige Rückzahlung eines Kredits, den sie der EGO für deren Sanierung gewährt hatten (als Gegenleistung dafür, dass sie bei der EGO als einzige Lieferanten gelistet waren). Beide Seiten sprachen von „Nötigung“ und „zerrütteten Beziehungen“. *pm*

## Hammer an Raiffeisen

Mit dem „Hammer des Monats“ wurde von der Redaktion der Zeitschrift *Natur & Kosmos* im Februar ausgezeichnet: Dr. Rolf Meyer, Generalsekretär des Deutschen Raiffeisen-Verbandes, wegen des von Greenpeace aufgedeckten Verkaufs von illegalen Pestiziden durch Raiffeisen-Firmen. *pm*

## Revolution der Alten

Damit es soweit nicht kommt, hat die Bioland-Beratung in ihrem Rundschreiben schon mal vorgebaut. Denn die Käuferschicht 50+ wird zunehmend auch in Hofläden zum Thema. Und auf deren Bedürfnisse gilt es sich einzustellen. In Bayern gibt es bereits den ersten 50+ Senioren-Laden. Neben breiten, rollstuhlgerechten Wegen und gut lesbaren Etiketten gibt es Lupen für's Kleingedruckte und leicht rollende Einkaufswagen. Ruheplätze mit Trinkwasserspender und Blutdruckmessgeräten runden das Angebot ab. *mn*

Kurzes am Rande

## Ährensache – Ohne Gentechnik!

Mit dieser Aufschrift werden ab Anfang März bundesweit 1,5 Mio. Brottüten über die Theken von Bäckereien und Naturkostläden gereicht werden. Mit ihrer Aktion wenden sich die Züchter, Bauern, Müller und Bäcker gegen die von der Bundesregierung im vergangenen Jahr genehmigte Freisetzung von gentechnisch verändertem Weizen auf dem Gelände der Genbank in Gatersleben. „Die Kunden in den Bäckerfachgeschäften wollen keine gentechnisch veränderten Lebensmittel.“

stellt Anke Kähler, Bäckerberaterin bei Bioland, fest.

Die Brottüte und der beigelegte Handzettel mit Postkarte sollen informieren und ermutigen, selbst etwas zu tun. Mit der Postkarte kann jeder Einzelne den Bundeslandwirtschaftsminister auffordern, die Freisetzung des gentechnisch veränderten Weizens zu stoppen.



## Wir sagen Bantam!



Alle sind aufgefordert, auch in diesem Jahr wieder Bantam, den samenfesten Zuckermais im heimischen Garten, auf dem Balkon oder auf dem Acker anzubauen.

Wenn die Kolben im Spätsommer reif sind, kann man die selbstgezoogene Köstlichkeit gekocht, gegrillt oder auch roh verzehren. Neben der Freude, die es macht, den Pflänzchen beim Wachsen zuzusehen, setzt der Bantamanbau auch ein klares politisches Zeichen und sagt „Nein!“ zur Gentechnik auf den Äckern. Denn wo Bantam-Mais wächst, da ist kein Platz für Gentechnik. Direktvermarkter haben die Möglichkeit,

mit der gut eingeführten Sorte ihr Angebot zu erweitern. Vom Saatgut über vorgezogene Pflanzen bis hin zu den Maiskolben aus der eigenen Ernte ist alles möglich. Infomaterial und Plakate gibt es im Internet unter: <http://www.bantam-mais.de>. Hier finden sich auch Bezugsquellen für Saatgut und Anbauempfehlungen. Wie im vergangenen Jahr sollen auch 2007 die Anbau Standorte des gentechnikfreien Golden Bantam in einer Karte eingetragen werden. Und es gibt die Möglichkeit, mit einem eigenen Bild, vom Mais mit Familie oder Freunden und einem Statement im Internet den Anbau zu dokumentieren. Auf los geht's los. Damit das Saatgut rechtzeitig da ist, möglichst direkt drum kümmern. *mn*

## Studie: Agro-Gentechnik weltweit

Was ist dran an den Argumenten der Gentechnikbefürworter? Nicht viel. Zu diesem Ergebnis kommt eine Diplomarbeit, die an der Universität Kassel/Witzenhausen erstellt wurde. Katja Reichert konzentriert sich bei ihren Untersuchungen auf andere bereits veröffentlichte Studien. Überraschend ist, dass der Nutzen der Gentechnik nur in wenigen Studien untersucht wurde. Die Auswirkungen auf den Ertrag und das Einkommen der Landwirte, die Einflüsse auf das Ökosystem und die menschliche Gesundheit sind bisher nur oberflächlich erforscht. Das immer wieder angebrachte Argument der Gentechnikindustrie, man wisse über die Auswirkungen und die Risiken der Gentechnik genauestes Bescheid, wird eindeutig widerlegt. Bezüglich der oft versprochenen Ertragssteigerungen kommen nahezu alle Studien zu dem Ergebnis, dass die Erträge gentechnisch veränderter Pflanzen gegenüber den konventionellen geringer ausfallen. Und auch das Betriebsergebnis verbessert sich durch den Anbau von GVO's nur in seltenen Fällen. Die wirtschaftlichen Aspekte, z. B. Einsparung von Insektiziden bei dem auch in Deutschland angebauten MON 810, oder aber arbeitswirtschaftliche Vereinfachungen durch Resistenz gegen das

Totalherbizid ROUND UP vor allem bei Soja sind allenfalls in den ersten Jahren von Bedeutung. Denn die zu bekämpfenden Insekten und Unkräuter bilden ihrerseits Resistenzen aus. In der Folge steigt die Aufwandmenge oder es müssen zusätzlich andere Spritzmittel eingesetzt werden. Warum werden aber trotzdem auf einer jährlich wachsenden Flächen gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut? Das Geschäftsmodell Agro-Gentechnik wird von den Unternehmen offensiv gepusht. Zum einen mittels offensiver, auf die jeweilige Kultur abgestellter Werbekampagnen, die z. T. mit falschen Behauptungen die Vorzüge der Gentechnik preisen. Zum andern nehmen die Unternehmen gezielt Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger. Dies geht bis hin zur Besetzung offizieller Stellen mit ehemaligen Mitarbeitern. In den USA wurde beispielsweise 2001 eine leitende Monsanto-Angestellte zur Vizedirektorin der staatlichen Umweltbehörde ernannt. Für die anhaltende Verbreitung sind aber auch langfristige Verträge verantwortlich, die es Landwirten auch dann nicht ermöglichen, zu konventionellem Saatgut zurückzukehren, wenn sie die Nachteile der gv-Sorten erkannt haben. *mn*

## IGN-Positionen an Seehofer

Neuregelung der Nachbaugebühren steht endlich an

**W**ir kämpfen für das Landwirteprivileg, wir kämpfen gegen Ausforschung und Gebührenabzockerei. Uns ist klar, dass wir damit noch nicht die Frage beantworten, wie eine vernünftige Saatgutforschung finanziert wird, die die Anforderungen der Bauern berücksichtigt“, so formulierte es Georg Janßen für die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN), nachdem man den Beschluss gefasst hatte, Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer zu kontaktieren.

Zwar bekommt der Minister aus Bayern von der IGN kein fertiges Konzept auf den Tisch, wie aus ihrer Sicht eine Neuregelung in Sachen Nachbaugebühren aussehen könnte. Wohl aber legte die Gemeinschaft aus Bauern und ihren Anwälten ihm ein Papier vor, aus dem klar hervorgeht, in welchen Bereichen der Auseinandersetzung durch höchstrichterliche Entscheidungen auf Bundes- oder EU-Ebene deutliche Worte dazu gesprochen wurden, was geht und was nicht.

So ist ein allgemeines Recht auf Ausforschung, das die Pflanzenzüchter bzw. deren Vollzugsorganisation, die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) immer noch gerne für sich in Anspruch nehmen, längst abgelehnt. Nur wenn sie den Bäuerinnen und Bauern genau definierte – auch das ist mittlerweile durch mehrere Urteile detailliert festgelegt – Anhaltspunkte zum Nachbau nennen kann, ist die STV berechtigt Auskunft einzufordern. Ähnlich eingeschränkt haben die Richter die Ansprüche der Züchter an die Aufbe-

reiter von Nachbauseaatgut. Auch zur Höhe der eigentlichen Nachbaugebühren haben BGH und EuGH geurteilt und den im Gesetz benutzten Begriff einer „angemessenen Entschädigung“ mit Leben gefüllt. Dabei wurde klar, dass die von den Züchtern geforderten 80 % der Z-Lizenzgebühren von den Richtern als völlig überhöht eingeschätzt werden.

All das spricht nun aus Sicht der IGN dafür, innerhalb des vorhandenen Rechtsrahmens nach neuen Möglichkeiten zu suchen, wie alle Beteiligten zu ihrem Recht kommen. Letztlich hatten nichts anderes verschiedene Richter wiederholt den Züchtern nahegelegt, wenn diese in Verhandlungen beklagten, ihre Ansprüche kaum noch durchsetzen zu können. Dass so ein neues Konzept nicht mal eben aus der Tasche zu zaubern ist, bestreitet niemand, weder die IGN noch die auch daran sitzenden Mitarbeiter des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Jörg Wendisch, Abteilungsleiter im Ministerium, fasst die Schwierig-

keiten so zusammen: „Wir haben die Vorgabe, ein Verfahren mit einer schlanken Verwaltung ohne eine zusätzliche Belastung der Betroffenen zu entwickeln, das ist nicht ganz einfach. Es gibt noch kein zufriedenstellendes neues Konzept.“ Auch der Minister selbst hatte auf eine Anfrage eines bayerischen Bauernverbandspräsidenten zunächst nur seinen Willen zur Veränderung betont, er wolle prüfen, ließ er laut Bayerischem Wochenblatt mitteilen, „ob eine Erhebung des Nachbauentgeltes beim Kauf von zertifiziertem Saatgut hierfür ein geeigneter Ansatz sein könnte.“

Auch innerhalb der IGN wird diese Möglichkeit diskutiert, allerdings wird natürlich unter Bäuerinnen und Bauern dann immer sofort gesehen, dass, falls sich durch den Aufschlag der Z-Saatgutpreis erhöht, der Nachbau als günstige Alternative wieder zunehmen wird. Zumal das Preis-Leistungsverhältnis von Z-Saatgut – auch bezüglich der Saatgutqualität – schon heute, von vielen Anbauern als un-

zureichend empfunden wird. Ein erneut sinkender Absatz von Z-Saatgut ist aber nun gerade das, was die Züchter am wenigsten wollen.

Ihre Strategie, durch die Verteuerung des Nachbaus über die Gebühren ihr Produkt Z-Saatgut attraktiver zu machen, hat allerdings bislang auch deshalb versagt, weil der etwas totalitäre Ansatz stimmungsmäßig nicht gut überkommt. Wie man es besser macht, zeigen zunehmend alternative – biologisch-dynamisch arbeitende – Pflanzenzüchter, die sich die Sortenentwicklung speziell für den Ökolandbau auf die Fah-

nen geschrieben haben und – marketingmäßig gesprochen – über attraktive, kundenorientierte Produkte eine positive Bindung zu ihren Handelspartnern hinkriegen. Und da sie auch noch Verarbeiter und zum Teil sogar Endkunden, sprich also Müller, Bäcker und den Brötchenkäufer von nebenan wissen lassen, was sie tun und daran finanziell beteiligen, liegt der z. B. Sortenentwicklungsbeitrag genannte Nachbaubonus von 1 Euro pro Dezitonne abgeliefertem Konsumgetreide nicht nur auf den Schultern der Bäuerinnen und Bauern und sorgt auch nicht für Unmut.

Saatgut ist letztlich eben doch mehr als ein reines Produktionsmittel, in Zeiten der Gentechnik ist es auch ein Politikum, immer schon war es aber auch eine gesellschaftlich relevante Lebensgrundlage. Das hat aber offenbar bislang nur ein ganz kleiner Teil derer, die am Saatgut hauptsächlich ihr Geld verdienen, begriffen. cs



Saatgutzüchtung: Weizenvielfalt im Zuchtgarten

Foto: Archiv

## Radikaler Schnitt

**D**ie Pflanzenzüchter möchten das Landwirteprivileg wie auch das Züchterprivileg lieber heute als morgen abschaffen. Zu dieser Erkenntnis kommt die internationale Organisation GRAIN, die sich den Schutz der Biodiversität auf die Fahnen geschrieben hat, in einer neuen Studie. Die Bestrebungen der internationalen Züchterlobby laufen bereits seit Jahren nur in eine Richtung: die Angleichung der Schutzrechte im Bereich der Pflanzenzüchtungen an das ganz „normale“ Patentrecht, das Erfindungen schützt. Der entscheidende Unterschied zwischen den Schutzrechten ist bislang das Landwirteprivileg, welches Bäuerinnen und Bauern ermöglicht, Nachbau zu betreiben, und welches durch die letzte Schutzrechtsreform 1991 durch die Einführung der

Nachbaugebühren bereits eingeschränkt wurde. Hinzu kommt das Züchterprivileg, welches Pflanzenzüchtern erlaubt, mit den Sorten der Kollegen bzw. der Konkurrenz züchterisch weiterzuarbeiten. Laut dem GRAIN-Bericht mehrten sich in den vergangenen Jahren auch öffentlich die Stimmen gerade innerhalb der großen Pflanzenzüchterkonzerne, wie auch in den Reihen ihrer Dachverbände und Lobbyorganisationen, die eine neuerliche, noch radikalere Reform der Schutzrechte fordern, so dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis das Recht auf Nachbau entgeltlich abgeschafft werde. Gleichzeitig betont GRAIN die katastrophalen Auswirkungen, die das für die Biodiversität in der Welt hätte – gar nicht zu reden von den Auswirkungen auf bäuerliche Existenzen. cs



## Saatgut retten durch teilen

Auf der BioFach präsentierte die Präsidentin der internationalen Kommission für Saatgut Vandana Shiva das Manifest zur Zukunft des Saatguts.

Die Freiheit, Saatgut auszutauschen sei, nicht nur ein grundsätzliches Menschenrecht, sondern auch die Basis für natürliche und kulturelle Vielfalt, stellt Vandana Shiva fest. Die Chancen der zukünftigen Generation hängen letztendlich von der Vielfalt des Saatgutes ab. Das Manifest kritisiert, dass die Freiheit des Saatguts massiv von Monokulturen der agroindustriellen Lebensmittelproduktion für den globalen Markt bedroht wird. Der Verlust des Erbes von Kleinbauern geht einher mit der Zerstörung der Vielfalt von Esskultur. Eine Gesetzgebung, die den freien Austausch von Saatgut unterbindet und gleichzeitig Patente auf Pflanzen und Tiere sowie die riskante Gentechnik ermöglicht, ist nach Meinung der Saatgutkommission für die Erosion der lebendigen und kultivierten genetischen Vielfalt verantwortlich. mn

## „Nahrungsmittelerzeugung contra Energieproduktion“

### Energiewälder in China

Auf 13,3 Mio. ha will China in Zukunft Energiewaldplantagen anlegen. In China sind derzeit 159 Mio. ha und damit 16,5 % der Landfläche bewaldet. Als Aufforstungsflächen kommen nach Aussage des Staatlichen Amtes für Forstwirtschaft etwa 54 Mio. ha Ödland in Betracht. Darüber hinaus gibt es in China noch ca. 100 Mio. ha versalzter Böden sowie Sand- und Bergbauflächen, die für Waldanpflanzungen in Betracht kommen. Schon in diesem Jahr sollen die Pflanzungen auf 40.000 ha im Südwesten Chinas beginnen. *mn*

Die Gewinnung von Energie aus nachwachsender Biomasse, sei es nun Brennholz oder Futter für Zugtiere, war in früheren Zeiten, also vor der umfangreichen Erdölförderung, in weiten Teilen der Erde eine der wichtigsten Energiequellen. Zu bestimmten Zeiten und in einzelnen Regionen fand – speziell bei der Holznutzung – gar eine Übernutzung statt, was landläufig als Raubbau bezeichnet wird. Die Förderung von Erdöl zu äußerst günstigen Bedingungen war eine Voraussetzung für die Industrialisierung und führte schließlich zu einer exorbitanten Ausdehnung des Verbrauchs fossiler Energien. Im Gegenzug verlor die nachwachsende Biomasse an Bedeutung und an Wert. Die dieselbetriebenen Traktoren ersetzten das Pferdegespann und die Ölheizung den Holzofen, selbst in landwirtschaftlichen Haushalten. Das Schwachholz lag im Wert so niedrig, dass dessen Gewinnung für nicht mehr lohnend angesehen wurde. Die nachwachsende Biomasse konnte mit den außerordentlich billig angebotenen fossilen Energieträgern nicht konkurrieren. Landwirtschaftlich nutzbare Fläche wurde dadurch für die Nahrungsmittelerzeugung frei. Dadurch war es möglich, die wachsende Bevölkerung bei zudem steigendem Konsumniveau, d. h. steigendem Fleischverzehr, aus inländischer Erzeugung zu versorgen. Es gab nun zwei ökonomisch vollkommen getrennte Märkte, nämlich den Energie- und den Nahrungsmittelmarkt. Durch Nutzung des technischen Fortschritts war es zudem möglich, die Produktivität der Nahrungs-

mittelerzeugung kontinuierlich zu steigern. Da aber die Nachfrage nach Nahrungsmitteln weniger stark angestiegen ist als das inländische Angebot an Nahrungsmitteln, führte das ab den 70er-Jahren zu Überschüssen, die auf dem Weltmarkt zu deutlich niedrigeren Preisen abgesetzt werden mussten. Für den Staat wurde es zunehmend schwieriger, das Preisniveau auf dem Inlandsmarkt abzusichern. Mit der Agrarreform von 1992 erfolgte eine Abkehr von der Politik der Preisstützung. Die dabei vorgenommene Absenkung der Interventionspreise ließ z. B. den Getreidepreis deutlich sinken.

Dem gegenüber hat sich im Laufe der Jahre der Energieverbrauch kontinuierlich erhöht, was letztlich zu einem Anstieg der Energiepreise führte. Durch die gegenläufige Entwicklung der Agrarpreise und des Ölpreises rückten die Märkte für Nahrungsmittel und die Märkte für fossile Energie ökonomisch wieder näher zusammen. Da sich mit steigendem Ölpreis auch der Ersatzkostenwert der agrar- und forstwirtschaftlichen Produkte erhöht, so dass er teilweise über dem bisherigen Marktpreis liegt, wird es nun wirtschaftlich vermehrt interessant, nachwachsende Biomasse als Energieträger einzusetzen. In einzelnen Ländern ist dies bereits ohne staatliche Eingriffe möglich. So lohnt sich z. B. in Brasilien die Konversion von Zucker zu Alkohol als Benzinersatz, weil dort der agrarische Rohstoff sehr günstig zur Verfügung steht. In Deutschland trifft das für biogenen Treibstoff noch nicht zu.

In jüngster Zeit liegt aber der Ersatzkostenwert der agrar- und forstwirtschaftlichen Produkte z. B. bei der Wärmenutzung bereits über dem bisherigen Marktpreis. Das bedeutet, dass agrarische und forstliche Produkte anstelle von Öl als Energieträger auch ohne staatliche Einflussnahme wirtschaftlich genutzt werden könnten. So käme Getreide als Energielieferant in Frage, sobald es als Regelbrennstoff zugelassen wird. Die Umwandlung von Biomasse in Treibstoff (z. B. Getreide zu Ethanol) ist aufwändiger und bei derzeitigen Preis-Relationen in Europa nur durch staatlichen Einfluss (Steuerbefreiung bzw. Beimischungsverpflichtung) möglich. Die Erzeugung von Biogas ist ebenfalls nur deshalb für den Landwirt rentabel, da durch das EEG ein hoher Preis für den daraus gewonnenen elektrischen Strom zugesichert wird. Die staatlicherseits vorgegebenen Bedingungen sind im Vergleich zu landwirtschaftlichen Produktionsverfahren (z. B. Bullenmast) so günstig, dass relativ viele Betriebe auf die Erzeugung von Biogas umstellen. Bei der Novellierung des EEG ist eine Korrektur vorzunehmen. Insbesondere die Vergütung der erzeugten Wärme in Relation zum erzeugten elektrischen Strom ist für Neuanlagen zu ändern. Die momentan sehr hohen Vergütungen sind eine Ursache für den starken Sog auf den Pachtpreis.

Es bleibt festzuhalten: Die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen und die relativ hohen Erdölpreise führen dazu, dass Biomasse wieder als Energieträger wirtschaftlich eingesetzt werden kann. Auf jeden Fall ähnelt die heutige Situation wieder der Zeit von vor 50 Jahren. Biomasse wird wieder als Energielieferant wettbewerbsfähig. Auslöser ist also der deutlich angestiegene Erdölpreis. Da aber eine wirklich nachhaltige Wirtschaftsweise sowieso nicht mit dem Verbrauch fossiler Energieträger vereinbar ist, stellt ein hoher Energiepreis das richtige Signal dar. Es macht ja wenig Sinn, einem niedrigen Ölpreis das Wort reden, nur damit keine Biomasse als Energieträger verwendet wird. Es muss die Strategie „weniger Öl“ verfolgt werden, ohne aber allein auf Biomasse zu setzen, weil das vom Potential her in keiner Weise ausreicht. So kann mit dem Energieertrag von einer Million Hektar landwirtschaftlicher Fläche nur etwa 1,2 % des derzeitigen Primärenergieverbrauchs Deutschlands ersetzt werden. Deutschland verfügt über rund 17 Millionen Hektar landwirtschaftlich nutzbare Fläche. Das verdeutlicht die Notwendigkeit, neben dem Einsatz von Biomasse den Primärenergieverbrauch massiv zu reduzieren. Es macht zwar durchaus Sinn, überschüssige Biomasse anstelle von Öl



Ölplattform in der Nordsee:





Weizen: für Brot oder Ethanol?

www.painsuisse.ch

einzusetzen, dies muss aber möglichst effizient geschehen. Ein Nebeneffekt des Einsatzes von agrarischen Rohstoffen besteht darin, den durch Überschüsse verursachten Preisdruck zu vermindern. Die 2005 vorgenommene Entkoppelung der Direktzahlungen soll dazu führen, dass die bisherige Überwälzung auf den Produktpreis unterbunden wird. Mit anderen Worten, ein Erzeugerpreis von 10 €/dt Getreide war für die Betriebe nur deshalb akzeptabel, weil noch produktbezogene Direktzahlungen geleistet wurden. Nach der Entkoppelung reichen in Deutschland 10 €/dt auch nicht unter besten Bedingungen aus, um einen akzeptablen Deckungsbeitrag zu erzielen. Die Beibehaltung der Getreideproduktion trotz des niedrigen Preises hängt damit zusammen, dass die Entkoppelung noch nicht wirklich vollzogen wurde bzw. kurzfristig nicht vorgenommen werden kann. Das in diesem Jahr geringere Angebot sowie die nicht zuletzt durch vermehrten Einsatz von Biomasse als Energielieferant gestiegene Nachfrage führten zu einem Preisanstieg. Unter diesen Umständen wird jetzt im Getreidebau über den Markt ein ähnlich hoher Erlös erzielt wie vorher inklusive der Direktzahlungen.

Diese, u. a. durch den Einsatz von agrarischen Rohstoffen als Energieträger hervorgerufene Preissteigerung, betrifft natürlich auch den Nahrungsmittelmarkt. Betrachtet man aber den Anteil der agrarischen Rohstoffe am Verkaufspreis von Nahrungsmitteln, dann zeigt sich, dass es der Nahrungsmittelwirtschaft ohne größere Probleme möglich ist, die höheren Preise zu bezahlen. So beträgt der Anteil

des Getreides am Brotpreis heute weniger als 5 %. Ein Anstieg des Getreidepreises von 10 auf 15 Euro pro 100 kg (also um 50 %) erhöht die Rohstoffkosten (für Getreide/Brot) je Kilogramm um 5 Cent, da für ein Kilogramm Brot etwa ein Kilogramm Getreide erforderlich ist. Das entspricht einem Anstieg des Brotpreises um weniger als 10 %. Demgegenüber erhöhen sich die Kosten für Ethanol aus Getreide durch einen Anstieg des Getreidepreises von 10 auf 15 Euro pro 100 kg um ca. 12 Cent pro Liter Ethanol, was aber einem Anstieg um 20 % entspricht. Unter den derzeitigen Bedingungen wäre damit Ethanol mit Benzin trotz Steuerbefreiung nicht mehr wettbewerbsfähig.

Daraus folgt: Die Belastung der Bevölkerung durch höhere Nahrungsmittelpreise aufgrund gestiegener Agrarpreise ist in der Tat noch vergleichsweise gering. Die Nahrungsmittelpreise werden aber allein aufgrund der höheren Energiepreise steigen, da zur Verarbeitung und zum Transport Energie erforderlich ist. Darüber hinaus wird die Bevölkerung durch den Preisanstieg fossiler Energieträger in sehr viel stärkerem Maße direkt betroffen sein. Die höheren Kosten für Heizung und Mobilität belasten die unteren Einkommensgruppen relativ stark. Da mittel- bis langfristig bei weltweit steigender Nachfrage nach Öl und Gas und einer sinkenden bzw. zunehmend teurer werdenden Förderung von Erdöl mit steigenden Öl- und Gaspreisen zu rechnen ist, muss deshalb die Einsparung und der Ersatz fossiler Energieträger angestrebt werden. So billig wie in der Vergangenheit werden diese Energiequellen nicht mehr zu haben sein. Unabhängig

vom Preisargument gilt das Ziel, die CO<sub>2</sub>-Emission zu reduzieren. Auch aus diesem Grunde muss der Verbrauch fossiler Energieträger reduziert werden.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Der steigende Energiepreis stützt den Agrarpreis. Der Nahrungsmittelsektor ist aber sehr viel mehr dazu in der Lage, einen höheren Rohstoffpreis zu bezahlen als die Energiewirtschaft, weil der Anteil des agrarischen Rohstoffes am Lebensmittelpreis viel kleiner ist als der Anteil des agrarischen Rohstoffes am Preis von biogenen Energieträgern. Die Nahrungsmittelpreise werden aber durch die höheren Energiepreise steigen, weil zu deren Verarbeitung und zum Transport ebenfalls Energie notwendig ist. Auf jeden Fall werden die unteren Einkommensgruppen von den höheren Energiepreisen stärker betroffen sein als die oberen Einkommensgruppen. Eine Ausweichmöglichkeit haben gerade Angehörige der unteren Einkommensgruppen viel weniger bzw. überhaupt nicht. Daraus folgt: steigende Energie- und in dessen Gefolge ebenfalls ansteigende Nahrungsmittelpreise verschärfen den sozialen Konflikt zwischen den gesellschaftlichen Gruppierungen. Ein dramatisches Szenario bestünde darin, dass sich die wohlhabenden Gruppen Biosprit kaufen, um mit einem guten Gewissen das Autofahren beizubehalten, während für die einkommensschwächeren Gruppen Energie- und Nahrungsmittel möglicherweise zu teuer werden. Diese Situation ist umso kritischer zu beurteilen, je höher der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel an den Gesamtausgaben und je höher der Kostenanteil der agrarischen Rohstoffe an den Gesamtkosten der Lebensmittel ist. Der Markt kann diesen Konflikt nicht lösen.



Prof. Dr. Dr. h.c. Alois Heißenhuber  
TU München-Weihenstephan  
Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Landbaues

## Biogasförderung kritisch betrachtet

Eine im Auftrag des Niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums erstellte Studie kommt zu dem Schluss, dass die gegenwärtige Förderkulisse ausgewogen ist. Für die Zukunft fordern die Wissenschaftler, dass die Förderung dynamischer an aktuelle Entwicklungen angepasst werden muss.

Im Vergleich zu Biotreibstoffen wird der Biogasproduktion das größte Potential für die regionale Wertschöpfung zugesprochen. Auch in Zukunft bleibt Biogas von zentraler Bedeutung für den Energiemix. Das Problem der Flächenkonkurrenz sehen die Forscher derzeit nur punktuell gegeben. Vielmehr gehen sie davon aus, dass sich aufgrund der für die kommenden Jahre angekündigten Ertragssteigerungen um mehr als 50 % und einer weiteren Effizienzsteigerung der Biogasausbeute die Flächenkonkurrenz reduzieren könnte. *mn*

## Per Mausclick zum Bauernwissen

Die Schwarzwald-Bauern sind Vorreiter bei der Bildung per PC.  
Dafür erhält die Teleakademie einen Innovationspreis des Bundesinstitutes für Berufsbildung

### Kontakt

Wer mehr erfahren möchte über die Teleakademie im Schwarzwald, kann selbst klicken unter [www.forumproschwarzwaldbauern.de](http://www.forumproschwarzwaldbauern.de) oder Kontakt aufnehmen mit Siegfried Jäckle, Tel.: 07724-7992, E-Mail: [spittelhof@freenet.de](mailto:spittelhof@freenet.de)

Die Kühe sind gemolken, Schnee ist geräumt, gefrühstückt auch. Bis das Mittagessen auf dem Tisch stehen muss, hat Bäuerin Faller ein wenig Muße. Computer anschalten, „[www.forumproschwarzwaldbauern.de](http://www.forumproschwarzwaldbauern.de)“ tippen und von da per Mausclick zur Teleakademie. Los geht's zum Privatunterricht.

So in etwa verbringt schon eine beträchtliche Zahl von Schwarzwald-Bäuerinnen und Bauern freie Stunden am PC und tankt Wissen. Wissen, das nicht in den üblichen landwirtschaftlichen Büchern oder Zeitschriften steht, das diese Bauern und Bäuerinnen aber nutzen wollen, um ihren Hof in extremer Lage, abseits von Massenproduktion und Großmaschineneinsatz betreiben zu können.

### Region braucht Bildung

Dass es gerade für den Schwarzwald das Privileg „Telelearning“ (übersetzt „Fern-Lernen“) gibt, das liegt am Engagement einer kleinen aktiven Bauerngruppe. Seit 1999 gibt es das Forum Pro Schwarzwaldbauern, das sich den Erhalt der Schwarzwälder Landschaft und ihrer Höfe auf die Fahnen geschrieben hat, und auch engen Kontakt zur Abl pflegt.

„Der Gedanke der Internetnutzung für Bauern begleitet mich schon lang“, erzählt Siegfried Jäckle, mehrfach aktiver Schwarzwaldbauer aus St. Georgen, Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Forums. Den Anstoß, seine Gedanken wirklich in die Tat umzusetzen, gab 2004 ein Ideenwettbewerb des Landes Baden-Württemberg. Gesucht waren Vereine, welche die Nutzung der modernen Informationstechnik im ländlichen Raum voranbringen. Das träfe eine Teleakademie für Schwarzwaldbauern im Kern, dachte sich Siegfried Jäckle und ging mit seinen Plänen zur Fachhochschule Furtwangen. Die hatte sich bisher zwar nicht mit Landwirtschaft, wohl aber

mit dem Aufbau von Online-Akademien befasst. Gemeinsam wurde der Förderantrag gestellt, der Wettbewerb gewonnen und mit dem Förderbetrag von 25.000 Euro gestartet.

Da diese Fernbildung für Bauern bisher einzigartig ist, verleiht nun das Bundesinstitut für Berufsbildung der Teleakademie für Schwarzwaldbauern am 1. März den Weiterbildungs-Innovations-Preis 2007.

### Rund ums Bauernjahr

Bäuerin Faller liest einen Artikel von Alois Burgstaller, Berater aus Österreich. Es geht um die finanzielle Zukunft auf den Höfen,

und sie denkt, dass sie mit den gerade fertig gestellten Ferienwohnungen auf einem guten Weg ist. Außerdem erfährt sie, dass trockenstehende Kühe nur fit sind, wenn sie nicht fett sind, und beschließt, Kuh Flora ab sofort auf Diät zu setzen.

Das Bauernjahr ist eines der drei Module der Schwarzwaldakademie. Für 10 Euro im Monat im ersten Besuchsjahr (im zweiten Jahr die Hälfte) bekommen die Teilnehmer Fachinformationen rund um die (Berg-) Landwirtschaft. Jeden Monat und Jahr für Jahr neu gibt es Beiträge zu sechs Rubriken.

Bäuerin Faller hat im Februar gesurft und ihre Lektüre in den Rubriken „Familie und Hof“ sowie „Tiere und ihre Erzeugnisse“ gefunden.

Im letzten Mai gab's zum Weideauftakt z. B. Infos zu „Weide satt statt Kraftfutter“ und über verschiedene Weidesysteme.

Die Inhalte trägt zum größten Teil Siegfried Jäckle zusammen; teils aus seiner bisherigen beruflichen Tätigkeit beim Landwirtschaftsamt Donaueschingen, zum großen Teil aus seinem privaten Fundus von Bergbauernwissen, den er durch seine vielen Kontakte in seinem internationalen Netzwerk zudem seit vielen Jahre ständig erweitert.

### Bauernzukunft

Das zweite Modul zum Abonnieren nennt sich Bauernzukunft. Hier läuft die Bildung erst mal „klassisch“ persönlich ab. Eine Gruppe von Bauern meldet sich für ein viertägiges Seminar an. Die Entwicklung der Höfe, ihre Stärken und Chancen werden analysiert und ein Zukunftskonzept wird erarbeitet. Beim letzten Seminar wurde ein Excel-Formular entwickelt, das die verschiedenen Einkommensbeiträge der Schwarzwaldhöfe berechnet und offen legt. Die Bauern können das Formular ausfüllen, über die Teleakademie an einen Berater weiterleiten und die Ergebnisse dann besprechen. „Wir wollen plastisch machen, dass die Einkünfte aus Schwarzwaldhöfen aus kunterbunten Quellen stammen“, erklärt Siegfried Jäckle.

Im „Offenen Forum“ kann jeder, der sich bei der Teleakademie einklickt, Fragen rund um Landwirtschaft und Kulturlandschaft stellen und sie mit anderen diskutieren. „Was bedeutet es für uns, wenn MEKA und Ausgleichszulage gekürzt werden?“ oder „Werden Schwarzwaldbauern noch gebraucht?“ stehen aktuell zur Debatte – es gibt kurze und lange Debatten.

### Teilnehmer begeistert

Martina Braun, Milchviehbäuerin aus dem Linachtal, findet die Teleakademie „eine tolle Geschichte“. „Ich kann mich bilden, wenn ich Lust und Zeit habe, und muss dafür keine Entfernungen zurücklegen“, fasst sie die großen Vorteile zusammen. Die Benutzeroberfläche sei gut und „auch für Bauern zu kapieren“. Beim Bauernzukunft-Seminar habe sie gemerkt, dass ihr Hof Dynamik hat. Einstieg in die Ochsenmast, Photovoltaik oder die Bio-Umstellung: „Man sieht, es bewegt sich immer was.“

Rolf Epting, mit Bauernhof und Käserei in Kaltenbronn, gesteht, dass er am PC immer mit einer Hemmschwelle am Werke ist. Genau deshalb habe er sich beim Bauernjahr angemeldet. Es gebe „sehr interes-



Den Zeitpunkt des Lernens am PC bestimmen die Bauern selbst. Im Winter wird die Schwarzwälder Teleakademie eher tagsüber und dann mehrmals angeklickt, im Sommer dagegen erst ab 20 Uhr.  
Foto: Mühlhausen

sante, auf Grünland-Gebiet zugeschnittene“ Berichte. Bei Fragen greife er allerdings lieber zum Telefon. Denn Fragen eintippen sei ohne 10-Finger-System doch mühselig.

„Ich habe das Bauernjahr abonniert, damit mein Sohn landwirtschaftliches Wissen bekommt“, erzählt Mutterkuhhalter Helmut Haas aus St. Georgen. Die landwirtschaftliche Ausbildung biete für die Bergregion kaum anwendbares Wissen und die Akademie bringe Generationen alten bäuerlichen Erfahrungsschatz zutage.

### Bauern habt Mut

Raus aus dem Stimmungstief, für den Schwarzwald-Hof Möglichkeiten finden, um in Zukunft mit Spaß Bauer zu sein. Dazu will Siegfried Jäckle mit der Teleakademie das Rüstzeug bieten. Seine Wünsche: Noch mehr Teilnehmer, mehr Mut zur Diskussion im Netz und Unterstützer für die finanzielle Zukunft der Teleakademie. Aber jetzt geht es erst mal zur Preisverleihung.  
Elke Dagenbach



Siegfried Jäckle kam die Idee einer Teleakademie für Bauern und Bäuerinnen.

Foto: Jasper

## Viel Land für Wenige – wenig Land für Viele

Aufruf zum weltweiten Aktionstag von Via Campesina am 17. April

Überall im globalen Süden nehmen Konflikte um Land zu. Einer kleinen Gruppe Großgrundbesitzer steht eine große Anzahl von Kleinproduzenten und Landlosen gegenüber. Auf immer größeren Flächen wird immer intensiver für den Export produziert – insbesondere die Produktion von transgenem Soja für europäische Viehmägen ist auf dem Vormarsch. Dafür werden nicht nur Wälder abgeholzt, sondern Kleinbauern sowie von Subsistenzanbau lebende Indigene von ihrem Land vertrieben. Ein Trend, der sich durch den Run auf „Biosprit“ im Norden weiter verschärfen wird. Gleichzeitig zerstören transnationale Konzerne durch die Ausbeutung natürlicher Ressourcen immer mehr Land, weltweit werden Böden kontaminiert, überschwemmt und unfruchtbar gemacht.

Die G8-Staaten sind treibende Kraft einer an großen Agrarstrukturen und am Weltmarkt orientierten Agrarpolitik. In der EU fallen diesem Trend jährlich 200.000 Höfe zum Opfer. Auch hier konzentriert sich immer mehr Boden in den Händen weniger.

Aber es regt sich Widerstand – weltweit. Via Campesina, ein Zusammenschluss von weltweit über 140 Kleinbauern-, Landlosen- und Landarbeiter-Organisationen (auch die AbL ist Mitglied), spielt dabei eine wichtige Rolle. Das Aktionsbündnis globale Landwirtschaft möchte die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm dazu nutzen, ihre Kämpfe

in Deutschland bekannter zu machen – Kämpfe für Land, eine bäuerliche Landwirtschaft, Ernährungssouveränität. Alle Gruppen und interessierten Einzelpersonen sind eingeladen, sich am 17. April, dem internationalen Aktionstag von Via Campesina, an dezentralen Aktionen in vielen deutschen Städten zu beteiligen: „Besetzt ein Stück Land, organisiert einen Filmabend oder einen kritischen Stadtpaziergang. Gegen eine zerstörerische kapitalistische Landwirtschaft – mit Via Campesina für Ernährungssouveränität!“

Anne Schweigler, Aktionsnetzwerk

Weitere Informationen unter:  
[www.g8-landwirtschaft.de](http://www.g8-landwirtschaft.de),  
[www.viacampesina.org](http://www.viacampesina.org)

### Aktionsfahrplan nach Heiligendamm

**17. April:**  
Aktionstag von Via Campesina: öffentliche Filmvorführungen und Aktionen in mehreren Städten, u.a. in Berlin, Bremen, München. Bei Interesse einfach eine E-Mail an: [aktionstag17\\_4@yahoo.de](mailto:aktionstag17_4@yahoo.de)

**21. Mai:**  
Aktion zum Tag der biologischen Vielfalt in Gatersleben

**3. Juni:**  
Aktionstag „G8 und globale Landwirtschaft“ während des G8-Gipfels, Fokus auf Gentechnik & Supermärkte

## Kein Genmais von Monsanto in Hessen

Zumindest in diesem Jahr hat das Unternehmen seine Pläne, im Kreis Wabern Genmais anzubauen, zurückgezogen. Durch die Erbschaft eines Mitarbeiters hatte das Unternehmen Zugriff auf 13 ha im nordhessischen Niedermöllrich bekommen. Auf 2.000 m<sup>2</sup> sollten in diesem Jahr drei verschiedene Maiskonstrukte mit unterschiedlichen gentechnischen Veränderungen angebaut werden. Der sich nach dem Bekanntwerden formierte Widerstand der einheimischen Bevölkerung sowie von Regional- und Landespolitikern wurde so groß, dass das Unternehmen seine Pläne fallen lassen musste. Monsanto will die Versuche im kommenden Jahr auf den Flächen wieder aufnehmen. Doch niemand in Niedermöllrich will die Gensaaten.

Monsanto gibt sich offensiv: „Angstpolitik verhindert Forschungsvorhaben“ lautet die Überschrift der Presseerklärung. „Es ist ein politisches Armutzeugnis, dass die sichere Erforschung innovativer Technologien von

einigen Kreisen mit ideologisch motivierten Vorurteilen derart bekämpft wird“, sagte Ursula Lüttmer-Ouzane, Deutschland-Geschäftsführerin des Konzerns.

Die Argumente der 2.300 benachbarten Landwirte, Direktvermarkter und Biobauern, die um ihre Existenz fürchten, werden ignoriert. Stattdessen versuchen die geschulten Monsantovertreter, die örtlichen Politiker hinter verschlossenen Türen für ihre eigennützigen Zwecke zu gewinnen. Doch der Widerstand ist breit aufgestellt, wie Landrat Martin Neupärtel feststellt:

„Auch große Teile der Bevölkerung des Schwalm-Eder-Kreises lehnen diesen Großversuch ab. Bisher gab es zwei Kundgebungen und gegen das Projekt laufen Unterschriftensammlungen und auch der Kreisbauernbund hat sich kritisch geäußert.“ Für die Zukunft sind weitere Kundgebungen geplant. Am 10. März wird in Niedermöllrich eine Groß-Demo gegen den Gentechnikbau stattfinden. *mn*

## Ein Sommer voller Rapsblüten

Vor zwei Monaten stieß ich zum ersten Mal auf das Maxi-Set „Vier Jahreszeiten“. Das hat die Post so schön zusammengestellt. 20 selbstklebende Briefmarken á 55 Euro-Cent. Ich erfreute mich an dem Anblick blühender Bäume, zugeordnet zum Frühling; eines buntgefärbten Herbstwaldes, das spricht für sich, und eines knorrigen alten Baumes in ruhiger Winterlandschaft.

Doch beim Sommerbild hörte die Freude auf: ein gelb blühendes Rapsfeld, dem die Monate Juni, Juli, August und September zugeordnet sind. Es soll den Sommer repräsentieren. Nun gibt es ja überall in Deutschland jede Menge Rapsfelder dank der Steueranreize für Biodiesel zusammen mit den großzügigen EU-Förderungen der vergangenen Jahre. So müssten eigentlich auch Menschen, die acht Stunden am Tag im Büro sitzen, schon mal im Mai an einem blühenden Rapsfeld vorbeigekommen sein – das ist ja sogar zu riechen, dieser Geruch nach Babys in nicht mehr ganz frischen Windeln. Aber das den ganzen Sommer lang?

Ich beschloss, der Sache auf den Grund zu gehen, und telefonierte mich durch. Angefangen die der auf dem Marken-Set angegebenen Nummer bis hin zum Bundesfinanzministerium (Tel: 030-2242-3274), wo ein Beamter sitzt, der für Briefmarken zuständig ist. Nein, nein, bei den Zuständigkeiten herrscht Klarheit. Dennoch, vor Weihnachten hatte ich keine Chance, zu ihm durchzudringen. Erst im Januar klappte es dann endlich.



... aus Westfalen

Der Beamte war sehr freundlich und interessiert. Erst einmal wusste er noch nicht, dass das blühende etwas ein Rapsfeld ist, das war schnell geklärt. Dann meinte er, dass vielleicht in bestimmten Gegenden von Deutschland doch auch mal im Sommer der Raps blühen könne. Er wollte sogar wissen, zu welchem Zweck der Bauer Raps anbaue, und erfuhr von mir etwas über Stilllegungsflächen, nachwachsende Rohstoffe und andere Details der Landwirtschaft.

Im Gegenzug erfuhr ich von dem Beamten, dass nicht er selbst, sondern ein künstlerisches Gremium Vorschläge für die Gestaltung von Briefmarken des Finanzministeriums mache. Ich regte an, doch bei Themen aus der Landwirtschaft in Zukunft die Sachkunde eines Bauern heranzuziehen. Die AbL wäre sicher bereit, hier Hilfestellung zu leisten, damit auch fleißige Briefe-Schreiber und städtische Briefträger und nicht zuletzt eben auch solche Künstlerkommissionen in Zukunft ein etwas besseres Bild vom Jahreslauf und anderen „Details“ des Landlebens bekommen können. Er bedankte sich für das Angebot und versicherte, es an die zuständigen Stellen weiterzuleiten.

Bevor wir uns verabschiedeten, sagte er noch: „Sie sind übrigens die erste, die mich auf diesen Fehler aufmerksam gemacht hat“ ...



## Landpartie – Menschen und Rezepte

Heike Götz, die beliebte Moderatorin der NDR-Reihe „Landpartie“, schildert im Buch „Meine Landpartie“ lebendig-liebevoll ihre Begegnungen mit besonders inspirierenden Menschen: mit dem Direktvermarkter Hermann Maack und seinen Charolais und Welsh Black, mit Multi-Kartoffelbauer Karsten Ellenberg („Linda hat mir gezeigt, dass man nicht immer alles hinnehmen muss“), mit Vorzugsmilcherzeuger Ludger Engeln, mit Christine Hamester-Koch und ihren Bauernhof-Kursen für Kinder („Auf einem Bauernhof kann man Verantwortung

wirklich leben“), mit Verena Schwarzhans und ihren Kräutern und Blumen, mit Ute Rohrbeck und ihrem Ziegenkäse, mit Wanderschäfer Detlef Mohr, mit Imker Rudolf Jansen („Wenn Du Dich fürs Imkern interessierst, fang gleich an – warte nicht erst, bis Du Rentner bist!“), mit den Fischern Arno und Inge Gössel, mit dem Reiterhof von Gabriel Rodenberg und vielen anderen „tollen Typen“ und Geschäftsideen – Krautmacher, Tierschützer, Korb- und Gitarrenmacher, Tischler, Filzer, Blaudrucker und Blueser ...

en

Und passend dazu das „Landpartie-Kochbuch“ – mit 100 regionalen Rezepten aus ganz Norddeutschland: Backensholzer Ziegenquarktorte und Käsekrusten, Markeruper Gänsebraten, Wadengulasch vom Friesenochsen, Topfengulgelpf mit gegrilltem Hattstedter Streifling, Dithmarscher Bunter Mehlbeutel, Gebackener Kürbis, Birnen-Bohnen-Lamm, Grambeker Spiegelkarpfen Blau, Pastinaken-Rösti, Bonenbraten (Mörderbraten), Rehsülze auf Backpflaumen und Tüftensalat, Quittenpudding in Apfelsuppe, Putenröllchen mit Bärlauchfrisch-

käse, Pannfisch, Rosenower Wachtel mit gebratener Blutwurst, Grubes grüner Saueraal, Vorwerkhahn in Cidre, Vierländer Bauernente, Wendländische Hochzeitsuppe, Haschtorte, Panierte Kartoffelnudeln, Roulade von Harzer Rotvieh, Harzer Wildkräutersuppe, Birnentorte, Dinkelpfannkuchen gefüllt mit grünem Spargel und mit Lammfilet, Buttermilchmousse auf marinierten frischen Beeren, Moortuefeltorte, Heringe mit Speckstippe, Salzwiesensamm mit Grünkohl, Apfel-Chips und Blutwurst-Polenta, und so weiter und so fort. Das lockt wirklich total ...

en



Heike Götz – NDR (Hg),  
Meine Landpartie, 160 Seiten,  
120 Farbfotos, 16,90 Euro.

Ulrich Koglin – NDR (Hg),  
Das Landpartie-Kochbuch, 144 Seiten,  
145 Farbfotos, 19,90 Euro.

Beide Bücher in der Schlüterschen Verlagsgesellschaft, Hannover, 2006.

### Agrargiganten China und Brasilien

In einem Sonderdruck hat die ZMP wesentliche Agrarstrukturen der Welthandels-„Giganten“ Brasilien und China sehr knapp zusammengestellt.

Neben einem Überblick werden jeweils die wesentlichen Produktmärkte vorgestellt, leider ohne jegliche Berücksichtigung wichtiger sozialer und ökologischer Aspekte. en

ZMP EuropaMarkt plus  
Sonderdruck  
China-Brasilien, 2006,  
20 Seiten, 16,80 Euro,  
ZMP, Postfach 2569,  
53015 Bonn,  
info@zmp.de

## Die Einkaufsrevolution

Wer einkauft entscheidet mit, wie produziert und gehandelt wird, ob er will oder nicht. Die Frage ist, ob sich mit einem geänderten Kaufverhalten Produktion und Handel aktiv verändern, steuern lassen, damit die Wirtschaftswelt sozial-, umwelt- und tierverträglicher wird. Die Autorin Tanja Busse ist überzeugt von der Kraft der Konsumenten. „Es ist ja kein Naturgesetz, das besagt, dass man, sobald man mit dem Einkaufen beginnt, mit dem Denken aufhören muss“, schreibt sie. Wären sich die Konsumenten ihrer Macht bewusst, würde viel in Bewegung kommen, immerhin ist von „Revolution“ die Rede. Und so begreift Busse bewusste Entscheidungen vor dem oder beim Einkaufen als politische Handlung. „Das funktioniert, sobald Viele mitmachen. Auf veränderte Nachfrage reagieren Unternehmen schneller als auf jeden Gesetzentwurf“, zieht sie die Verbindung zur Politik.

Tanja Busse ist auf einem kleinen ostwestfälischen Bauernhof aufgewachsen. Auch heute hat sie als Journalistin oft mit Landwirtschaft zu tun. Das spiegelt sich im Buch wider. So geht es um „Hochleistungskühe und sinkende Milchpreise“, um die „Zukunft der Schweinemast“ angesichts der Investoren, die besonders in Ostdeutschland Schweinefabriken hinstellen; es geht um Soja und zerstörten Regenwald, „Hühnerbeine für Kamerun“, regionale Vermarktung und Fair-Kaffee. Und

es geht um Biobauern, die dachten, sie wären mit der Umstellung aus dem Laufrad gesprungen, und sich dank Aldi und Lidl nun schon bald wieder da hinein getrieben sehen. Aber es geht um viel mehr Konsum- bzw. Produkt- und Wirtschaftsbeiräume: Um T-Shirts, Schuhe und Teppiche, um Aktienpakete und Minen, Gift in der Quietscheente, Grabsteine aus Indien und Blut an Handys.

„Politischer Konsum bedeutet die Ausweitung der Politik auf den Markt in einer Zeit der Ausweitung der Märkte und des Rückzugs der Politik. Es bedeutet individualisiertes politisches Engagement in einer individualisierten Gesellschaft, das in kollektive Aktionen münden kann.“ Und politischer Konsum sei heute – dank des Internets – leichter als je zuvor.

Besonders schön an diesem Buch sind nicht nur die vielen anwendungsbezogenen Hinweise. Tanja Busse schafft es zudem hervorragend, Bezüge zu kulturkritischen und philosophischen Diskussionen herzustellen. Es ist kein populistisches Buch der einen Wahrheit, sondern eines, das offen diskutiert, umfangreich informiert und positiv motiviert – und das alles auch noch sehr ansprechend geschrieben. uj

Tanja Busse: Die Einkaufsrevolution.  
Konsumenten entdecken ihre Macht. Blessing Verlag, Sept. 2006. 318 S., 14,95 Euro,  
zu beziehen über den ABL-Verlag.

## Landwirtschaftstrends

Statt der versprochenen „Visionen“ gab es bei einer KTBL-Vortragstagung im Jahre 2005 zur Zukunft der Landwirtschaft im wesentlichen eine Fortschreibung bestehender Trends: Wichtig bleiben regionale Schwerpunktbildungen und Verbindungen mit urbanen Zentren. Die Bedeutung der Nahrungsmittel und Rohstoffe nimmt zu, ebenso die der Standort- und Betriebsbedingungen (Tendenz zur Liberalisierung), aber auch die Reglementierung der Rahmenbedingungen. Die Zukunft tierhaltender Betriebe ist weiter geprägt von regionaler Konzentration, Wachstumsschwellen und Zwang zur Kooperation, aber auch von den Anforderungen des Klimaschutzes und des Immissionschutzes, der Lage zu Schutzgebieten, Siedlungsnähe und der Akzeptanz in der Öffentlichkeit. Einen großen Umfang nehmen in den Vorträgen neue Techniken der Abluftreinigung und des „precision farming“ ein, ebenso interessante Detailfragen des Baurechts im Außenbereich. Den Boom der nachwachsenden Rohstoffe, der Bioprodukte und die klimabedingte weltweite Verknappung von Agrarprodukten konnte man im Jahre 2005 vielleicht noch nicht absehen. Gerade die überraschenden Entwicklungen aber bestätigen den schönen und ermutigenden Spruch: „Die Zukunft ist nach vorne offen...“ en

Die einzelnen Vorträge finden Sie unter [www.ktbl-shop.de](http://www.ktbl-shop.de) Stichwort „Visionen“.

## Sie sind ein schöner Mann

Ein Dorf in Frankreich. Der ständig schlecht gelaunte und vor sich hin schimpfende Landwirt Aymé verliert durch einen Kurzschluss in der Melkanlage seine Frau. Sie, die auf der einen Seite eiskalt den Gänsen die Köpfe abschlägt, aber auf der anderen Seite die einzige ist, die mit ihrem nörgelnden Mann auf liebevolle Art umzugehen weiß, fehlt plötzlich. Es ist aber nicht die Trauer, die Aymé plagt, sondern die ihn überflutende Arbeit. Es muss was passieren. Eine neue Frau muss her! Doch wie? Eine Heiratsvermittlung wird zu rate gezogen. Nach kurzer Beratung wird Aymé nach Rumänien geschickt. Den Nachbarn, die von der Suche nichts erfahren dürfen, erzählt der Bauer von einer Reise zur Eurotier nach Hannover, worauf diese gleich fordern, er solle Bilder machen. Ein neues Problem. In Rumänien trifft Aymé Elena. Aus ganz pragmatischen Gründen geht die viel jüngere Frau mit nach Frankreich, ist dies doch der für sie einzig mögliche Weg der Armut zu entkommen.

Doch in Frankreich angekommen fangen die Probleme erst richtig an. Und dass auf einem der Bilder von der „Eurotier“ im Hintergrund der Palast Caucascus zu sehen ist ist dabei noch das kleinste Problem.

Die Regisseurin Isabelle Mergault versteht es die zwischenmenschlichen Feinheiten in

ihrer ganz eigenen Komik darzustellen. Sie lässt das Leben auf dem Land mit bestechender Authentizität zu einem Teil des Films werden. Die sich zwischen Aymé und Elena entwickelnde Beziehung spielt damit in einer Umgebung, bei der es auch Kennern Spaß macht, die vielen kleinen Nebensächlichkeiten zu beobachten, die man eben nur auf dem Land findet.

„Sie sind ein schöner Mann“ – ein Film von Isabelle Mergault



Kurzes am Rande

## Die heimliche Kontamination

Gentechnisch veränderte Pflanzen werden in erschreckend vielen Ländern der Welt von Bauern und Farmern angebaut. Auch in Deutschland wird Genmais kommerziell angebaut. Das Saatgut kommt vom Landhandel oder direkt von der Saatgutfirma. Wo aber wird es produziert? Unter welchen Bedingungen findet die Vermehrung statt? Ute Sprenger hat sich auf die Suche nach der Herkunft der Saaten gemacht, die weltweit angebaut werden. In „Die heimliche Kontamination“ berichtet sie, wie die führenden Gentechnikunternehmen z. B. in den ländlichen Regionen Costa Ricas neu gezüchtete Sorten für den eigenen Versuchsanbau vermehren. Dabei profitieren die Unternehmen von nicht existierenden Regelungen zum Anbau gentechnischer Pflanzen. Die Autorin zeigt, wie die Unternehmen die Bevölkerung, Verpächter und Arbeiter über die Hintergründe ihres Handelns bewusst im unklaren lassen. Mit der Folge, dass sich die gentechnischen Pflanzen unkontrolliert ausbreiten und teilweise sogar in Gärten angebaut und verzehrt werden. Die Broschüre zeigt viele Beispiele einer schleichenden Kontamination. Sie zeigt wie effektiv die Lobbyarbeit der Gentechnekkonzerne ist und wie skrupellos ihr Vorgehen.

„Die heimliche Kontamination“ Ute Sprenger, zu beziehen über das Gen-ethische Netzwerk (GeN), Tel: 030/6857073 oder E-Mail: info@gen-ethisches-netzwerk.de Preis: 2 Euro.



## Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag

Alle reden von Koexistenz. Doch was bedeutet der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen tatsächlich für den landwirtschaftlichen Alltag. In ihrer Diplomarbeit hat Mute Schimpf Lohnunternehmer und Maschinenringe in ganz Deutschland besucht und gefragt, ob Koexistenz möglich ist. Die Antworten der Praktiker zeigen, dass Auskreuzung lange nicht die einzige Möglichkeit der Verunreinigung ist. Der überbetriebliche Einsatz von Maschinen führt schon bei der Aussaat zu erheblichen Problemen. Und zieht sich über den Pflanzenschutz, die Ernte bis zur Lagerhaltung. In der Broschüre „Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag“ sind die Ergebnisse zusammengefasst. Eine der wenigen Untersuchungen, die die unterschiedlichen Eintragungsmöglichkeiten und notwendige Trennungs- und Reinigungsschritte während Anbau und Ernte beleuchtet. „Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag“ Mute Schimpf, erschienen im AbL-Verlag, Preis 3 Euro.

## Monsanto gegen Bauern

Das Unternehmen Monsanto hat eine lange und dunkle Geschichte. Moral und ökologisches Gewissen kommen dabei nicht vor. Am Vietnam-Krieg hat der Konzern durch die Produktion und den Verkauf des Entlaubungsmittels Agent Orange viel Geld verdient. Die ökologischen Schäden sind bis heute sichtbar.

Inzwischen ist der Konzern eines der führenden Unternehmen bei der Herstellung transgener Pflanzen. Die von Mute Schimpf verfasste Broschüre „Monsanto gegen Bauern“ zeigt, wie skrupellos der weltweit tätige Konzern seine Interessen durchsetzt. Die Patentierung von Pflanzensorten, die vertragliche Bindung und Abhängigkeit von Landwirten sind zentrale Punkte beim System Monsanto. Hier wird eine ganz neue Seite der Zukunftstechnologie Gentechnik sichtbar. Ein Muss für alle, die mit dem Thema zu tun haben.

„Monsanto gegen Bauern“ Mute Schimpf, zu beziehen über den AbL-Verlag, Preis 4,50 Euro, bei Abnahme von mehreren Exemplaren reduziert sich der Preis.



### Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe  2007  2006  2005  2004  2003  2002  2001  
 19,80 € 19,80 € 19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 €

.... Expl. **Bewegte Zeiten**, Stückpreis 13,90 € NEU!!! \_\_\_\_\_ €  
 .... Expl. **Der Wollmützenmann**, Stückpreis 11,90 € \_\_\_\_\_ €  
 .... Expl. **Matthias Stührwoldt live**, CD, Stückpreis 13,90 € \_\_\_\_\_ €  
 .... Expl. **Verliebt Trecker fahren**, Stückpreis 9,90 € \_\_\_\_\_ €

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung  
 Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ ggf. E-Mail \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_ Adresse \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

**(Klein) Anzeigen****Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,-€); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für Bauernstimme April 2007 ist am 17. März 2007.

**Hof und Arbeit**

● Suchen PraktikantIn für unseren Biolandbetrieb in Koblenz mit Milchvieh, Schweinen, Hühnern, Ackerbau, Grünland, Gemüse und Hofladen. Fam. Weinig, ☎ 02603-3840

**Querfeldein**

● **Pasteur 500-l-Käsewanne**, Kistenwaschmasch. (Fabr. Thieleke), Käsewanne 300 l, Tisch, Schrank, Zentrifuge zu verk. ☎ 04223-925454, E-Mail: peter048@t-online.de

**Tiermarkt**

● Verkaufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

**Mitbegründer für Klimaschutz und Armutsbekämpfung gesucht**

Um weitere Projekte in Nord und Süd aufzubauen, sucht die internationale Genossenschaft für Klima, Energie und Entwicklung fairPla.net bis zum 31. März 2007 mindestens 500 Mitbegründer/-innen mit einem oder mehreren Genossenschaftsanteilen von je 250 Euro.

Infos und Unterlagen bei: fairPla.net eG, Hüfferstraße 16, 48149 Münster, ☎ 0251-9191983, Fax: -87188838, info@fairpla.net, www.fairpla.net

**Gentechnikfreie Produktion sichern:**

**Aktuelle Herausforderungen – rechtliche Rahmenbedingungen**

**am 16. März 2007**

von 13 bis 20 Uhr in Berlin im Deutschen Bundestag

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

**Bundestagsfraktion**

Weitere Informationen:  
[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)  
unter „Service“

**AbL**

**Landesverband  
Niedersachsen**

**Frühjahrstagung 2007**

**Sonntag, den 18. März 2007**

von 10.00 bis 16.00 Uhr im Hotel Grüner Jäger  
Bremer Straße 48, Verden

**Nachhaltigkeit des Biogas-Boomes !?**

**10.00 Uhr: Nachhaltigkeit in der Biogaserzeugung: Auswirkungen auf Natur und Umwelt, Land und Leute ...**  
Bernd Voß (AbL-Bundesvorstand)

**Biogasanlagen nachgerechnet: Was wurde aus den Prophezeiungen, wie rechnen sie sich heute wirklich?**  
Andreas Freytag, LWK Nieders., Bezirksst. Braunschweig

**14.00 Uhr: Mitgliederversammlung AbL-Niedersachsen**  
mit Aktuellem zur Lage beim Kampf für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und aus dem AbL-Bundesverband

Kontakt: Andreas Backfisch, Tel. 05508-99 99 89,  
Fax: -99 92 45, andi.backfisch@gmx.de

**Regionen und ihre Qualitäten stärken**

**05. und 06. März 2007, Iserlohn**  
Die öffentliche Diskussion um Geld und Förderpolitik konzentriert sich meist auf städtische Ballungsräume. Die Tagung des Zentrums für ländliche Entwicklung (ZeLE NRW) ermutigt ländliche Kommunen und Regionen, eigene Profile zu entwickeln. Herausforderungen sind der demografische Wandel, das Management des Flächenverbrauches, neue wirtschaftliche Initiativen und die Vermarktung von Standorten. Referenten: Hans Jörg Duppré, Präsident Deutscher Landkreistag; Karl-Heinz Schulze zur Wiesch, Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband; Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen; Prof. Dr. Rolf Sternberg, Universität Hannover; Friedrich Kolbitz, Ernährungscluster Mitteldeutschland; Ingrid Wallfahrt, MUNLV; Doris Mikus, Netzwerk Landwirtschaft Märkischer Kreis; Stephan Wichert-von-Holten, Kirchlicher Dienst auf dem Lande; Volker Becker, Handwerkskammer NRW; Rainer Riemenschneider, Regionalmanager Bündnis Ländlicher Raum Mühlenkreis; e.V.; Josef Jacobi, Upländer Bauernmolkerei. Ev. Tagungstätte Haus Orlohn, Ulrike Neuhaus, ☎ 02371 352-145, Fax: -169 Fax, E-Mail: u.neuhaus@kircheundgesellschaft.de

**Regional & Fair**

**05. März 2007, Eberhardzell**  
**12. März 2007, Freiburg**  
Immer mehr Verbraucher entscheiden sich für einen verantwortungsbewussten Konsum. Um Kooperationen zwischen Hof- und Weltläden zu ermöglichen, werden regionale Seminare zur Vernetzung von Hof- und Weltläden in Baden-Württemberg angeboten.  
Anmeldung: Verband Katholisches Landvolk, ☎ 0711 9791-117, Fax: -152, E-Mail: vkl@landvolk.de

**Strategien für ein (Über-)Leben ohne Monsanto**

**09. bis 11. März 2007, Düsseldorf**  
Monsanto erzeugt und vertreibt ca. 90 % des weltweit ausgebrachten GVO-Saatguts und ist treibende Kraft im Vormarsch der Agro-Gentechnik. Die Aktions- und Kampagnenwerkstatt will Kreativität gegen die menschenverachtenden Praktiken des Global-Players Monsanto entwickeln. Anmeldung: Attac Bundesbüro, stopmonsanto@attac.de, ☎ 069 900 281-10, Fax: -99

**Lernprozesse auf dem Bauernhof praktisch gestalten**

**09. bis 11. März 2007, Gut Hohenberg/Südpfalz**  
Lernmodule, Hofführungen, Projekte mit Kindern und Jugendlichen ganz praktisch auf dem Seminarbauernhof der Stiftung Ökologie und Landbau.

Claudia Leibrock, BAG Evangelische Jugend im ländlichen Raum, ☎ 02681-9516-46, Fax: 02681-70206, leibrock@lja.de

**Zukunft des Streuobstbaus**

**09. bis 11. März 2007, Fulda**  
Internationale Streuobstkonferenz und 3. bundesweites Treffen der Streuobst-Aufpreisvermarkter zu den Themen: Vermarktung, Obstsorten, Gesundheit, Perspektiven und Szenarien mit Referenten aus Großbritannien, der Schweiz, Österreich, Luxemburg und Deutschland. Produktausstellungen, -verkostung, und Besuch der Streuobst-Schaukellerei von Jürgen Krenzer in Ehrenberg-Seifers.  
Anmeldung unter [www.streuobst.de](http://www.streuobst.de) oder per Post/Fax mit dem Anmeldeformular im Programmheft: NABU Fliedetal, Am Rausch 1, 36103 Flieden, Fax: 06655-917056

**Biomasseproduktion: Ein Segen für die Land(wirt)schaft?**

**12. bis 15. März 2007, Insel Vilm**  
Diskutiert werden bisherige und zukünftige Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf Natur und Landschaft. Es soll versucht werden, Kriterien für den Anbau von Biomasse zu formulieren, die geeignet sind, Aspekte des Naturschutzes angemessen zu berücksichtigen und in die politische Diskussion einzubringen.  
Bundesamt für Naturschutz, Martina Finger, ☎ 038301 86-112, Fax: -117, E-Mail: [martina.finger@bfn-vilm.de](mailto:martina.finger@bfn-vilm.de)

**Handwerkliche Schnittkäseherstellung**

**12. bis 14. März 2007, Bad Vilbel**  
Käsekurs für Fortgeschrittene  
**Einführung in die hofeigene Milchverarbeitung**  
**12. bis 16. März 2007, Herbstein**  
Käsekurs für Anfänger

Verband für handwerkliche Milchverarbeitung im ökologischen Landbau e.V., ☎ 08167 9896-21, Fax: -81, [www.milch-handwerk.info](http://www.milch-handwerk.info)

**Regionaltagung im Kloster Seeon: Solidarität mit der eigenen Region**

**13. März 2007, Seeon**  
Kernthema ist die Vermarktung regionaler Lebensmittel und erneuerbarer Energien. Dazu Preisverleihung „der Energie-effiziente Bauernhof“. Referenten sind Franz Schiefer, Vorsitzender Region aktiv; Alois Glück, Landtagspräsident und Schirmherr der UNSER LAND-Initiativen; Prof. Alois Heißenhuber; Peter Haslinger, Edeka Süd; Elisabeth Widauer, Vorsitzende Region aktiv; Sepp Rottenaicher, Umweltbeauftragter der Diözese Passau. Mit Berichten aus Altötting (Veronika Bruckmayer, Dipl.-Ing. FH und Müllerin), Mühldorf (Monika Bachinger, Wirtschaftsförderung LK Mühldorf), Traunstein (Brigitte Huber, Forum Ökologie), Rosenheim (Sebastian Friesinger, RegRO), Berchtesgadener Land (Gregor Greimel, Solidargemein-

schaft BGL) und zur Chiemgauer Regionalwährung (Christian Gelleri).

Region aktiv Chiemgau-Inn-Salzach e.V., ☎ 08671-928 829, Fax: -929 166, E-Mail: [willkommen@region-aktiv-chiemgau-inn-salzach.de](mailto:willkommen@region-aktiv-chiemgau-inn-salzach.de)

**Agrarpolitik im 21. Jahrhundert**

**19. bis 21. März, Loccum**  
Wie erhalten bäuerliche und unternehmerische Landwirtschaft in Deutschland auch in Zukunft eine Chance? Wie lassen sich die Interessen der Produzenten besser mit umwelt-, verbraucher-, handels- und entwicklungspolitischen Anforderungen in Einklang bringen? Auf dieser Tagung werden zentrale Ergebnisse des BMBF-Projekts „AgChange. Konflikte der Agrarwende“ vorgestellt.  
Evang. Akademie Loccum, ☎ 05766 81-0, Fax: -900, [www.loccum.de](http://www.loccum.de)

**4. Wintertagung Agrarbündnis Mecklenburg-Vorpommern**

**27. März 2007, Güstrow**  
Unter dem Titel „Verarbeitung ökologischer Erzeugnisse in Mecklenburg-Vorpommern – naturbelassen und schonend – für mehr Wertschöpfung im ländlichen Raum“ wird die Situation der ökologischen Lebensmittelwirtschaft in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern dargestellt, deren besondere Konzepte und Kriterien betrachtet sowie die neuen Anforderungen des Hygienerechtes und die Fördermöglichkeiten für ökologische Verarbeitungsbetriebe erläutert. Anschließend präsentieren sich sieben interessante und erfolgreiche Beispielbetriebe aus Mecklenburg-Vorpommern, die Bio-Milch, -Fleisch und -Getreide entweder handwerklich oder industriell zu hochwertigen ökologischen Lebensmitteln verarbeiten. Agrarbündnis M-V, Dr. Rolloff, BUND Landesverband MV, ☎ 0385-565470, Fax: -563661. Programm und Anmeldung auch unter: [www.bund.net/mv](http://www.bund.net/mv) unter BUNDthemen- „Agrarbündnis“.

**Kostenfaktor Biomasse**

**30. März 2007, Rottersdorf**  
6. Rottaler Biomasse Fachgespräch zum Thema: Biomasse – Kostenfaktor Nr. 1 in der Biogasanlage. Bei Anbau und Ernte entscheidet sich, wie die Biogasausbeute wird. Technische Lösungen, biologische Verfahren und Vorführung von Messtechnik.  
Internationales Biogas und Bioenergie Kompetenzzentrum (IBBK), ☎ 7954 926-203, Fax: -204, [www.biogas-Zentrum.de/ibbk](http://www.biogas-Zentrum.de/ibbk)

**Regionale Prozesse gestalten Fortbildung 2007-2008, berufsbegleitend für Regionalberater**

Infos unter [www.regionale-prozesse-gestalten.de](http://www.regionale-prozesse-gestalten.de), Anmeldung: kommunare, Institut für die Nachhaltige Regional- und Organisationsentwicklung, Stefan Gothe, ☎ 0228 92123-52, Fax: -75

## Milchtagung 2007

5. März 2007, 09:30 bis 17:00 Uhr

Landvolkshochschule Hardehausen (bei Warburg in Westf.)

09:30 Uhr: *Josef Jacobi, Begrüßung*

09:45 *Ernst Halbmayr, IG Milch, Österreich: Bauern und Verbraucher arbeiten zusammen – die Fair-Milch-Initiative Österreich*

10:45 Podiumsdiskussion:

**Milchquote – Verlängern, Reformieren oder Abschaffen?**

*Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Vorsitzender*

*Sonja Korpeter, European Milk Bord*

*Dr. Rudolf Schmid, Milchreferent DBV*

*Ulrich Jasper, Unabhängige Bauernstimme*

12:30 Mittag

13:30 *Dr. Edmund Leisen, Landwirtschaftskammer NRW:*

**Die Bedeutung des Weidegangs für die Milchviehhaltung**

14:30 *Dr. Anita Idel:*

**Einseitige Selektion auf Hochleistung – Selbstregulation, Stoffwechsel und Immunstatus**

15:15 *Dr. Hans Hermann, DLG:*

**Klauengesundheit – woher kommen die Probleme, was ist zu tun?**

Veranstalter:



U N I K A S S E L  
V E R S I T Ä T

Die Veranstaltung wird mit Mitteln des Bundesministeriums BMELV gefördert.

Informationen: KLJB, Bundesstelle, Tel.: 0228-9465-0, bundesstelle@kljb.de



## Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

**Wilster:** Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330

**Sörup:** Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114

**Plön:** Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147

**Flensburg:** Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

### Niedersachsen

**Landesverband:** Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn,

Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/988361

**Heide-Weser:** Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774

**Elbe-Weser:** Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118

**Wendland-Ostheide:** Horst Seide, Tel.: 05865/1247

**Südnieders.:** Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

### Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

**Mecklenburg:** Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein,

Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

**Vorpommern:** Albert Wittneben, Tel.: 039604/26859

**Brandenburg:** Cornelia Schmidt, Tel.: 03879/12518; Erich Degreif,

Tel.: 033204/35648; Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

### Nordrhein-Westfalen

**Landesverband:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,

Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

**Herford:** Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

**Köln/Bonn:** Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

### Hessen

**Mittelhessen:** Ernst-Günter Lang, Tel.: 06441/75502, Fax: 06441/975995

**Nordhessen:** Bernhard Wicke, Tel.: 05665/1403, Onno Poppinga,

Tel.: 05673/3540

### Rheinland-Pfalz und Saarland

**Landesverband:** Ewald Frisch, Tel.: 06522/549, Fax: 06522/933636,

E-Mail: ewfrisch@aol.com, Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613

### Baden-Württemberg

**Landesverband:** Josef Bopp, Ulmer Straße 20, 88416 Ochsenhausen,

Tel.: 07352/8928, Fax: 07352/941422

**Nordschwarzwald:** Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;

**Nord-Württemberg:** Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584

**Bodensee:** Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278

**Allgäu:** Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

### Bayern

**Landesverband:** Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz,

Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, E-Mail: Abl-Bayern@web.de; www.

abl-bayern.info

**Regionalgruppe Pfaffenwinkel:** Wolfgang Taffertshofer,

Tel.: 08847/804,

**Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach:** Andreas Rimmelberger,

Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635

**Landshut-Vilstal:** Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039

**Franken:** Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480

### Sachsen / Thüringen

**Landesverband:** Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg,

Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



## Bundeskontakte

### Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,

E-Mail: info@abl-ev.de

**Bankverbindung:** KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

### Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529

### Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen,

Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

### Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,

Tel.: 02381/9053173, Fax: 02381/492221, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



## Mitgliedsantrag

## Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 87,00 €
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 122,00 €
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ € zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 32,00 €
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 57,00 €
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Telefon/Fax

E-Mail

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
- Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum

Unterschrift

# Viehausbetrieb

Peter Hacks

Ich fuhr, und ohne Trauer,  
Zu der hin, die ich lieb.  
Da plötzlich: eine Mauer  
Von Ärschen. Viehaustrieb.  
Das Auto darf nicht rollen.  
Sie drücken es entzwei.  
Eine Herde Rindvieh  
Läßt keinen vorbei.

Sie hören auf kein Zeichen,  
Sie haben Dreck im Ohr,  
Als wär man ihresgleichen  
Und drängelte sich vor.  
Der stinkenden Kuhmagd  
Der gilt's auch einerlei.  
Eine Herde Rindvieh  
Läßt keinen vorbei.

Ich bin der besten einer  
Der Köpfe unterm Mond.  
Ich weiß, sonst weiß es keiner,  
Wo Deutschlands Muse wohnt.  
Wir lägen längst zu Bette  
In holder Schwärmerei.  
Ich will mich nicht wiederholen.  
Die Fahrbahn ist nicht frei.



## **b**unabhängige **auernstimme: Land + Lyrik**

3/2007

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten Datum Beruf  
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
oder Fax 02381 / 492221